

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlung 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Unablässig vorwärts!

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat es stets als seine hervorragende Aufgabe betrachtet, über die Lage der am Verband beteiligten Berufe statistische Erhebungen zu veranstalten. Solche Erhebungen wurden in den Jahren 1893, 1897, 1902 und 1906 vorgenommen; über jede ist in eingehender Weise berichtet worden; über die letzte, die aus dem Jahre 1906, in einem stattlichen Band von 320 Seiten, betitelt „Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie“, der soeben im Kommissionsverlag von J. G. W. Diez Nachf., Stuttgart, erschienen ist. Wir haben hier eine Arbeit vor uns, auf die der Verband stolz sein kann und die das Interesse sowohl des Gewerkschafters wie des Gewerkschaftsfreundes und Sozialpolitikers verdient. Es wird sich an dieser Stelle noch oft die Gelegenheit finden, auf die neue Statistik des näheren einzugehen. Ist es doch ohnehin unsere Absicht, die Ergebnisse dieser Erhebung des ausführlichen branchenweise zu besprechen. Für heute wollen wir nur die Hauptzahlen hier würdigen, um den Kollegen die Bedeutung dieser Lohnstatistik vor Augen zu rücken.

Die vorliegende Erhebung erstreckte sich auf einen besonders großen Personenkreis innerhalb der Holzindustrie. Während durch die Statistik im Jahre 1893 4205 Betriebe mit 45 082 Personen, die von 1897 7275 Betriebe mit 94 365 Personen, die von 1902 10 194 Betriebe mit 143 957 Personen erfasst wurden, erstreckt sich die vorliegende Statistik für das Jahr 1906 auf 15 168 Betriebe mit insgesamt 211 450 beschäftigten Personen. Davon sind 182 304 männliche, 10 686 erwachsene weibliche Personen, 4559 Jugendliche und 13 901 Lehrlinge. Am meisten sind naturgemäß die Tischler an der Statistik beteiligt und zwar mit 173 188 Personen, dann kommen die Drechsler mit 9126, die Bürsten- und Pinselmacher mit 7258, die Korbmacher mit 3297, die Korbschneider mit 781, die Stellmacher mit 3860, die Vergolder mit 4224, die Pantinenmacher mit 497, die Ristenmacher mit 3199, die Spielwarenarbeiter mit 1016 und diverse Berufe mit 5004 Personen. Sicher bietet diese Statistik wegen der großen Zahl der an ihr beteiligten Arbeiter ein nahezu richtiges Bild über die Arbeiterverhältnisse in der Holzindustrie.

In vielen Stellen ist das Bild, das uns hier aufgerollt wird, kein erfreuliches, und zwar da, wo uns die Verhältnisse in verelendeten Gegenden vorgeführt werden. Man hört laute Mahnung an den Verband und an die Verbandskollegen Klingt aus diesen Zahlen uns entgegen, immer wieder das äußerste einzusehen, daß diesem Elend, unter dem Zehntausende von Kollegen seufzen, gesteuert werde.

In der Hauptsache sind die Zahlen dieser Statistik aber derart, daß wir nur stolz darauf sein können. Denn sie reden von vielen Erfolgen unseres Verbandes. Sie sind der deutliche Nachweis dafür, daß die Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie unter dem sich ständig steigernden Einfluß des Deutschen Holzarbeiterverbandes sich unablässig gebessert haben.

Betrachten wir allein die durch die Erhebung ermittelten Arbeitszeitverhältnisse, so ergibt sich für die Zeit der Erhebung eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden. Danach hat sich also die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit unter dem Einfluß der Gewerkschaft fortgesetzt verringert. Sie betrug:

1893	1897	1902	1906
61,5 Stunden	59,3 Stunden	58,3 Stunden	57,0 Stunden

Das bedeutet seit 1902 bis zur Erhebung 1906 eine Verkürzung um 1,3 Stunden, seit 1893 eine Verkürzung um 4,5 Stunden. Die Gesetzgebung hat es in einer erheblich längeren Zeit nur zu einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für die gewerblich tätigen Frauen von 11 auf 10 Stunden gebracht. Wir sehen, die Gewerkschaft arbeitet viel schneller und erfolgreicher als die Gesetzgebung.

Von den einzelnen Berufen hatten zur Zeit der Erhebung von 1906 eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit die Tischler von 56,7, die Drechsler von 57,3, die Vergolder gar nur von 55,8 Stunden, dagegen die Spielwarenarbeiter von 62,0 Stunden. Eine größere Differenzierung der durchschnittlichen Arbeitszeit ergibt sich, ver-

gleicht man die Arbeitszeitverhältnisse in den Spezialbranchen. Die kürzesten Arbeitszeiten finden sich da in den Branchen: Musikinstrumenten 54,4 Stunden, Parkett 54,6 Stunden, Stockbranche 54,9 Stunden, die photographische Branche 55,1 Stunden. Dagegen waren die höchsten Durchschnittsziffern in Sägewerken 68,8 Stunden, Spielwarenbranche 62,0 Stunden, andere Fabriken 60,0 Stunden, Pantinenmacher 59,9 Stunden. Noch größer sind natürlich die Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit, vergleicht man die Durchschnittsarbeitszeiten der einzelnen Orte miteinander. Da werden wöchentliche Durchschnittsarbeitszeiten festgestellt; in Traunstein 76,6 Stunden, Golbab 72,3, Zwißel 71,5, Weißenheim 69,6, Penzberg 69,4, Markneukirchen 67,8, Jöhstadt 66,8, Stallupönen 66,7, Rothenburg o. d. T. 66,6, Grünhainichen 66,5 und Gardelegen 66,2 Stunden. Hier handelt es sich um Orte, wo der Verband bis vor wenigen Jahren keinerlei Einfluß hatte. Demgegenüber braucht man nur auf Berlin mit seiner durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 52,0 Stunden zu verweisen, um den günstigen Einfluß der Organisation auf die Verkürzung der Arbeitszeit darzutun.

Erheblich günstiger noch als auf dem Gebiete der Arbeitszeitverhältnisse sind die Erfolge des Verbandes in der Lohnfrage. Der durchschnittliche Wochenverdienst stellt sich wie folgt:

1893	1897	1902	1906
18,69 M.	19,96 M.	21,79 M.	25,18 M.

Das ist gegen 1893 eine Steigerung um 6,49 M., gegen 1902 eine Steigerung um 3,39 M. Wie die Vergleichszahlen zeigen, bedeutet das gegen 1902 eine Erhöhung des Durchschnittslohnes, wie sie in den früheren Perioden auch nicht annähernd erreicht wurde; betragen doch diese nur 1,83 resp. 1,27 M. In den 4 Jahren, die seit der letzten Erhebung verfloßen sind, hat sich der Lohn sogar noch um 29 Pfg. mehr gesteigert, wie in dem ganzen Zeitraum von 1893 bis 1902, der 9 Jahre umfaßt, zusammengekommen. In Prozenten ausgedrückt beträgt die Lohnvermehrung von 1893 auf 1897 6,8 Proz., von 1897 auf 1902 9,2 Proz., von 1902 auf 1906 aber 15,6 Proz.

Wie in einzelnen nachgewiesen wird, sind gerade die niederen Lohnklassen in der Lohnbewegung hervorragend beteiligt. Zunächst war die gewiß betrübende Tatsache festzustellen, daß nicht weniger als 10 814 erwachsene Arbeiter zu einem Lohne von 15 M. und noch weniger pro Woche eine kümmerliche Existenz fristen mußten. Ueber 35 M. pro Woche verdienen 12 952 Arbeiter, von 30—35 M. 20 504 Arbeiter, während im Jahre 1902 nur 2748 Arbeiter einen Wochenverdienst von über 30 M. aufwiesen.

Auch hier finden wir die besten Verdienste und die größten Lohnsteigerungen in jenen Orten und Berufen, wo der Deutsche Holzarbeiterverband schon seit Jahren Eingang gefunden hat und wo er infolge des großen gewerkschaftlichen Interesses der Kollegen eine ersprießliche Tätigkeit entfalten konnte.

Die höchsten und niedrigsten Durchschnittsverdienste betragen für Tischler Schönberg 36,97 — Riegenhals 13 M.; Musikinstrumentenarbeiter: Groß-Lichterfelde 37,04 — Heidenheim 17; Stuhlmacher: Hamburg 31,09 — Schlawa 13,70; Polierer: Weißensee 34,05 — Schönheide 13,49; Modelltischler: Oberschönevide 42,52 — Neugersdorf 17,13; Parketttischler: Münden 50 — Bruck 13,52; Drechsler: Essen 34,37 — Dinkelsbühl 13,37; Stockarbeiter: Köln 34,06 — Merseburg 16; Knopfmacher: Berlin 29,05 — Kelbra 14,50; Kammacher: Köln 28,91 — Dresden 18,24; Bürstenmacher: Berlin 24,74 — Zwißel 11,29; Korbmacher: Berlin 25,51 — Herzscheidt 12,60; Korbschneider: Hamburg 24,40 — Schwäge 12,75; Stellmacher: Oberschönevide 35,37 — Bamberg 13,41; Vergolder: Gelsenkirchen 30,86 — Amberg 15; Pantinenmacher: Hannover 27,55 — Wittstock 13,21; Ristenmacher: Oberschönevide 36,56 — Greifswald 11,56; Maschinenarbeiter: Groß-Lichterfelde 32,87 — Riegenhals 12,25; sonstige Holz(Silfa)arbeiter: Bremen 28,03 — Neustadt a. Mis. 11,05 M.

Zum Schluß sei nur noch auf die Tatsache verwiesen, daß das Kost- und Logiswesen in der Holzindustrie unter dem Einfluß des Verbandes erheblich zurückgedrängt

ist. Nach der Statistik von 1897 waren noch 1244 Kollegen, nach der von 1902 gar noch 1820 Kollegen in Kost und Logis beim Meister beschäftigt, 1906 waren es nur noch 613. So hat die Gewerkschaft mit einem bedeutenden Mißstand in der Hauptsache aufgeräumt.

So zeigen uns alle Seiten dieser Verbandsstatistik Fortschritte und Erfolge, die unsere Kollegen mit Hilfe unseres Verbandes immer wieder erzielt haben. Unser Verband ist unsere feste Stütze, er treibt uns unaufhaltsam vorwärts! Wo wären wir bei der enormen Lebensmittelpreuerung geblieben, wenn unser Verband nicht für bessere Löhne gesorgt hätte. Was hätten wir in der schweren Krise, die seit zwei Jahren nun auf uns lastet, wohl angefangen, wenn nicht der Verband hinter uns gestanden hätte. Wir wären von Stufe zu Stufe gesunken, so daß sich unsere Lebenshaltung wohl bedenklich der der Arbeiter in den Glanzindustrien genähert hätte. Unser Verband ist unser bester Freund. Er sichert uns immer wieder Erfolge und Fortschritte, er ist unsere starke Stütze in allen Notlagen des Lebens.

Halten wir fest an unserer Organisation, und es wird auch weiter unablässig vorwärts gehen.

## Uns Wahlrecht.

Seit 60 Jahren besteht in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, welches im Jahre 1849 durch einen Gewaltstreich der Reaktion eingeführt wurde. Durch dieses Wahlrecht wird die große Masse des Volkes entrechtet und den konservativen Junkern die Möglichkeit gegeben, die Gesetzgebung im größten deutschen Bundesstaat so zu gestalten, wie es ihrem Interesse entspricht. Von der Macht, die ihnen das „elendeste aller Wahlrechte“ gibt, wie es sogar einst Bismarck im Anmut nannte, machen sie einen weitgehenden Gebrauch zum Schaden des ganzen Landes.

Der Zweck des Dreiklassenwahlrechtes ist es, die arbeitende Bevölkerung, zu welcher der weitaus größte Teil der Einwohnerschaft Preußens gehört, von jeder Teilnahme an der Gesetzgebung auszuschließen. Die Arbeiter sollen, wie der Junker Kröcher, der Präsident des Abgeordnetenhauses, mit edler Dreistigkeit ausführte, nicht Subjekte, sondern nur Objekte der Gesetzgebung sein. Die Schranken, die aufgeworfen wurden, um das Volk vom Eindringen in den gesetzgebenden Körper abzuhalten, haben sich jedoch nicht als unübersteigbar erwiesen; der preussische Landtag zählt jetzt sieben wirkliche Volksvertreter in seiner Mitte. Ein kleines Häuflein, welches zwar das gewohnte Stillleben in der gesetzgebenden Versammlung empfindlich stört, aber infolge seiner Kleinheit einen positiven Einfluß auf den Gang der Gesetzgebung nicht ausüben kann.

Das Eindringen der Sozialdemokratie in den preussischen Landtag hat dem Kampf der Arbeiter ums Wahlrecht einen mächtigen Impuls gegeben. Wenn auch die Regierung der Wahlrechtsforderung mit kaltem Hohn begegnet, wenn auch das Junkertum sich mit Zähnen und Nägeln gegen die Abschneidung seiner Vorrechte wehrt und die Bourgeoisie dem Dingen mit kühler Gleichgültigkeit zusieht, so kann das die Arbeiterklasse nicht irre machen. Wir sind uns bewußt, daß uns, allen feindlichen Gewalten zum Trotz, der Sieg endlich doch zufallen muß.

Wollte man die Aussichten des Wahlrechtskampfes an den Debatten messen, die am 25. und 26. Januar im Abgeordnetenhause geführt wurden, dann müßte man allerdings die Hoffnungen auf das bescheidenste Maß herabschrauben. Aber die Forderung nach Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag ist den Volksmassen bereits dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß schließlich auch die widerstrebenden Elemente genötigt sein werden, der Stimme des Volkes Gehör zu schenken. Die Regierung und die herrschenden Klassen fühlen sich stark in dem Bewußtsein, daß sie sich zum Schutze des Unrechts letzten Endes noch auf unser herrliches Kriegsheer stützen können. Sie vergessen aber, daß die Geschichte die Wichtigkeit jenes alten Satzes bewiesen hat, wonach die Bajonette für viele Dinge gut sind, nur nicht, um darauf zu sitzen.

Bei den Beratungen im Landtag erklärte der Minister v. Nolke, daß die Regierung trotz der Versprechungen der Thronrede an eine Aenderung des Wahlrechtes nicht denkt. Einen anderen Sinn kann die Mitteilung nicht haben, daß statistische Aufnahmen im Gange sind, und daß nach deren Abschluß neue Statistiken in Angriff genommen werden sollen. Das ist das beliebte Mittel der Veranstaltung von Erhebungen, mit welchen die Regierung



die Durchführung aller ihr unbequemen Reformen auf den St. Nimmerleinstag vertagt. Und die Parteien? Der Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen war von den Freisinnigen und Polen gestellt worden. Den Liberalismus, der sich bei dieser Gelegenheit als Kämpfer für Volksrechte vorstellt, nimmt aber niemand ernst. Es hat einst eine Zeit gegeben, wo die Liberalen die große Mehrheit im preussischen Landtag hatten; damals dachten sie nicht daran, ein gerechtes Wahlrecht einzuführen, obwohl sie die Macht dazu besaßen. Und ihr Verhalten in den Gemeinden, wo sie in verschiedenen Orten ihren Einfluß auf dem Rathhause zu einer plutokratischen Verschlechterung des Wahlrechtes ausnützten, trägt nicht dazu bei, ihren Deklamationen im Landtag eine besondere Wirkung zu geben. Die Nationalliberalen sind in der Wahlrechtsfrage ehrlicher als die Freisinnigen, sie erklären offen, daß sie dem Reichstagswahlrecht keinen Gefallen abgewinnen können und für ein Pluralwahlrecht schwärmen, bei welchem dem Geldbeutel ein erhöhter Einfluß auf die Gestaltung des Gemeinwesens eingeräumt wird.

Die Haltung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage ist wie gewöhnlich widerspruchsvoll und unehelich. Es zählt in seinen Reihen eine Reihe von Mitgliedern, die in der Feindschaft gegen Volksrechte mit den konservativen Nummern wetzeln. Der offizielle Redner der Partei erklärt sich jedoch prinzipiell für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, aber mit der Einschränkung, daß an der bestehenden ungerechten Wahlkreiseinteilung festgehalten werden soll. Mit dieser Taktik soll erreicht werden, daß sich das Zentrum im Lande als volksfreundliche Partei aufspielen kann, während es doch in Wirklichkeit mit seiner Haltung das Zustandekommen eines positiven Beschlusses in der Wahlrechtsfrage wirksam verhindert hat. Die Unehrlichkeit des Zentrums wurde von dem sozialdemokratischen Redner ins hellste Licht gerückt. Diese Rede war um so bedeutender, als es das erstemal war, daß die Wahlrechtsforderung von einem Erwählten des arbeitenden Volkes im Landtag vertreten wurde. Wirklicher noch als die wichtige Rede des Sozialdemokraten, der der Wahlrechtsheuchelei der bürgerlichen Parteien die Maske vom Gesichte riß, wären aber die Demonstrationen, die sich außerhalb des Parlaments abspielten.

In Berlin fanden am Sonntag, den 24. Januar, eine Reihe von überfüllten Volksversammlungen statt, und im Anschluß daran bewegten sich gewaltige Demonstrationszüge durch die verschiedenen Teile der Stadt. Zwar wurde der Masse durch ein ungeheures Polizeiaufgebot der Zugang zu der Straße Unter den Linden und in die Umgebung des Schlosses gewehrt, aber Berlin hatte wieder einmal den Tripp der Arbeiterbataillone gehört. Der Speiser wurde aus seiner Ruhe aufgerüttelt, und den herrschenden Gewalten wurde zum Bewußtsein gebracht, daß das Volk willens ist, das Recht, das man ihm vorenthält, nötigenfalls zu erkämpfen. Auch am 25. Januar gab sich die Polizei rechtliche Mühe, die Massen zurückzuhalten, die gekommen waren, vor dem Landtagsgebäude zu demonstrieren. Der bloßfreisinnige Abgeordnete Naumann hat sich in der Tagespresse dahin ausgelassen, daß ihm die Zahl der Demonstranten vor dem Landtagsgebäude nicht groß genug dünkte. Es mag ihm zur Beruhigung dienen, daß diesen Wünschen nach „mehr Volk“ mit leichter Mühe Rechnung getragen werden kann, wenn es auch die politischen Freunde des Herrn Naumann vorziehen, solche Veranstaltungen des „Volk“ fernzulassen.

Die Straßendemonstrationen in Berlin waren das Vorbild für gleichartige Veranstaltungen in vielen größeren Städten Preußens, die am 31. Januar stattfanden. Noch vor wenigen Jahren hätte man es nicht für möglich gehalten, daß in preussischen Städten Straßendemonstrationen durchführbar wären. Die Demonstrationen der Hurrafanalle allerdings hat man gern gewähren lassen, aber wenn sich die klassenbewußte Arbeiterklasse auf der Straße zeigte, wurde die Polizei nervös. Diese Nervosität scheint sich nun gelegt zu haben, die Arbeiter in Deutschland sind auf dem Wege, sich das Recht auf die Straße zu erobern, welches in wirklichen Kulturstaaten längst als etwas ganz Selbstverständliches gilt. Ganz wird dieses Recht allerdings noch nicht anerkannt. Abgesehen von kleineren Zusammenstößen an verschiedenen Orten, kam es in Stettin und besonders in Hannover zu ernstlichen Auftritten. Die Polizei hat hier die Demonstranten angegriffen, und eine größere Zahl von teilweise schwer Verletzten legte Zeugnis ab von der „Tapferkeit“, die wildgewordene Polizisten gegen wehrlose Bürger an den Tag legten.

Gegen die mächtige Volksbewegung kann aber auf die Dauer auch der Polizeisäbel nichts ausrichten. Die Erfahrungen des 24. und 31. Januar haben gezeigt, daß die übergroße Nervosität gegen unbewaffnete Demonstranten sich zu legen beginnt. Aber gleichviel wie sich die Polizei zu den Straßendemonstrationen stellt, der Kampf ums Wahlrecht in Preußen ist nicht mehr aufzuhalten. Ungeachtet allen Straubens der Privilegierten wird das Dreiklassenwahlrecht fallen. Und an seinem Fall sind auch die Gewerkschaften in hohem Maße interessiert. Jeder Fortschritt der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete kommt auch den Gewerkschaften zugute, indem er die Vorbedingungen zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage schafft. Aus diesem Grunde dürfen auch die Gewerkschaftsmitglieder dem Dingen um das gleiche Wahlrecht nicht teilnahmslos gegenüberstehen, sie müssen mit aller Energie dafür eintreten, daß der Arbeit endlich ihr Recht wird.

### Koalitionsrechtsfragen.

I.

Auf den beiden letzten Generalversammlungen des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes hielt der angesehene Wiener Rechtsanwält, der Herausgeber der Zeitschrift „Das Recht“, Dr. J. Jngwer, Vorträge über Fragen, die mit dem Koalitionsrecht zusammenhängen. Der rührige Verband hat Dr. Jngwer, seinen Rechtsfreund, veranlaßt, eine 104 Seiten starke Schrift zu verfassen, die die Fragen des Koalitionsrechtes behandelt, in erster Linie natürlich österreichische Verhältnisse berücksichtigt, aber doch auch sehr viel Wertvolles zur Beurteilung des Koalitionsrechtes überhaupt und auch wichtige Beiträge zur Beleuchtung der für Deutschland wichtigen Koalitionsfragen enthält. Bei der Spärlichkeit der Literatur über das Koalitionsrecht, die überdies zum erheblichsten Teile aus bürgerlichen Kreisen stammt, wird man es zu schätzen verstehen, daß eine den neuesten Stand der Wissenschaft und Praxis berücksichtigende Schrift über das Koalitionsrecht herausgegeben wurde.

Wenn der Verfasser als Veranlassung seiner Veröffentlichung die Lohnbewegungen der letzten Jahre und die neuesten Bestrebungen der Scharfmacher und ihrer Bedienten angibt, das Koalitionsrecht zu verschlechtern, so muß man leider erklären, daß diese Anlässe für eine Darstellung des Koalitionsrechtes auch für Deutschland nicht fehlen. Ueber die Literatur sagt der Verfasser, daß sie für Oesterreich fehlt und daß sie für Deutschland gering ist und dem Rechte der Arbeiterschaft, ihrem Kampfe und ihren Forderungen nicht vollständig Rechnung trägt.

Dr. Jngwer bezeichnet das Koalitionsrecht als ein Gesetz von größerer Bedeutung für die Arbeiter als alle anderen Gesetze des Klassenstaates, weil es gerade das regelt, was für die Arbeiterschaft heute am allerwichtigsten, ja die Bedingung ihrer Befreiung ist, womit er die Koalitionen meint. Im Anschluß hieran zitiert er aus der berühmten Streitschrift von Karl Marx gegen Proudhon: „Das Elend der Philosophie“ nachstehende, auch heute in keiner Weise veraltete Sätze. Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbefannter Leute an einen Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltete sie in ihren Interessen, aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsamen Interesses gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten sich ihrerseits behufs der Depression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets bereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Koalitionen notwendiger für sie, als die des Lohnes.“ Weil die Unternehmer wie die Arbeiter wissen, wie richtig diese Sätze von Karl Marx sind, deshalb ist das Koalitionsrecht noch immer ein Zankapfel zwischen den Vertretern des Unternehmertums und der Arbeiterklasse, deshalb ist das Koalitionsrecht heute noch immer in Deutschland wie in Oesterreich durch keine Rechtsgarantien gesichert, deshalb ist seine Anwendung in hohem Maße erschwert und opferreich.

Die Wichtigkeit dieses Koalitionsrechtes erregt heute der leide Arbeiter, selbst der mächtigste Unternehmer hat nicht den Mut, sich öffentlich als das zu betiteln, was er tatsächlich ist, als ein Gegner des Koalitionsrechtes. Das Streben des Unternehmertums geht dahin, das Koalitionsrecht den Arbeitern möglichst wertlos zu machen, das Ziel der Arbeiterklasse ist vom ersten Augenblicke der Erkenntnis ihres Klasseninteresses sich die volle Freiheit der Koalition zu sichern. Das Resultat der widerstreitenden Interessen ist der durchaus unbefriedigende Zustand des Koalitionsrechtes in Deutschland, wie in Oesterreich.

Es soll und kann selbstverständlich nicht die Aufgabe der nachfolgenden Darstellung sein, das Studium des Buches von Dr. Jngwer überflüssig zu machen, ja auch nur über seinen Inhalt vollständig zu berichten. Wir wollen bloß einige besonders wichtige Punkte hervorheben und zur Anschaffung dieses Buches für die Verbandsbibliotheken und zu seinem Studium anregen. Eine Uebersicht über den reichen Inhalt des Buches enthält man durch die Anführung der 13 Kapitel, in die das Buch zerfällt, sie lauten: Zur Geschichte des Koalitionsrechtes, die Koalitionsfreiheit, Schranken der Koalitionsfreiheit, Arten der Koalitionen, Zweck der Koalitionen, Rechtsunwirksamkeit der Koalitionen, der Arbeitswilligen, Mittel der Einschüchterung oder Gewalt, die Streikposten, Sperre und Vohott, Koalitionsrecht und Strafgesetz, die Feinde des Koalitionsrechtes, Reform des Koalitionsrechtes.

Unter Koalition im allgemeinen versteht Jngwer jede Vereinigung von Personen zur Erreichung eines oder mehrerer bestimmter Zwecke. Koalitionen sind somit in erster Linie alle Vereine ohne Rücksicht darauf, welchen Zweck (politischen, wirtschaftlichen, künstlerischen oder gesellschaftlichen) sie verfolgen. Dabei kommt es für das Wesen der Koalition auch nicht darauf an, ob der Verein dem Gesetze gemäß gebildet wurde oder ob er ohne Beobachtung irgendwelcher gesetzlicher Vorschriften zustande gekommen ist. So haben denn auch — wie uns die Geschichte des Koalitionsrechtes belehrt — Koalitionen schon zu einer Zeit existiert, in der sie ausdrücklich verboten waren. Koalitionen können ferner für unbestimmte Zeit, sie können

aber auch nur für die Erreichung eines bestimmten Zweckes geschlossen werden. Uns interessiert hier nur diese letzte Gruppe von Vereinigungen, und zwar insofern als es sich um Verabredungen der Arbeiter zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit oder überhaupt günstigerer Arbeitsbedingungen handelt. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob der angestrebte Zweck auf friedlichem Wege durch Vereinbarungen, Kollektivverträge und dergleichen, oder durch den Streik erreicht werden soll. In dem angeführten Buche nimmt die Erörterung der Folgen des Kontraktbruches und der Schäden des Arbeitsbuches einen breiten Raum ein. Bekanntlich hat man auch in Deutschland die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches verschiedentlich angestrebt, um das Koalitionsrecht einzuengen. In Oesterreich ist die Bestrafung des Kontraktbruches und die Verpflichtung des Arbeiters ein Arbeitsbuch zu besitzen eine besonders schwere Schädigung der Arbeiter, eine Erschwerung des sozialen Kampfes gegen das Unternehmertum.

In Deutschland hat man in der letzten Zeit die Einschränkung des Koalitionsrechtes durch den Schutz der Arbeitswilligen geplant. Es ist deshalb gut daran zu erinnern, was ein englischer Richter in einem von Jngwer zitierten Urteile über den Streikbrecher zu sagen wußte: „Ein Streikbrecher ist für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und wenn auch beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem anderen Hilfe gibt, er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus und wird für Geld und würdelose Zubilligung seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Worte: Der Streikbrecher ist ein Verräter, der erst seine Kollegen verkauft und nachher von dem Unternehmer preisgegeben wird, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Jngwer erinnert auch an Adam Smith, einen der Verkünder der kapitalistischen Volkswirtschaftslehre, der den Regierungen den Vorwurf machte, daß sie Unternehmer und Arbeiter nicht gleich behandeln, indem er mit Bitterkeit ausruft: „Wenn der Souverän Versuche in dieser Art macht, den Vertrag zwischen Meistern und Gesellen durch Gesetze anzuordnen, so sind allemal die Meister seine Ratgeber.“ Jngwer beantwortet dann die Frage, in wessen Interessen denn der Streikbruch geschickt wird, folgendermaßen: Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß es nicht im Interesse der Arbeitswilligen, sondern nur in dem der Unternehmer geschieht. Den Arbeitern gönnen sie die Freiheit der Arbeit nicht, aber für den Streikbrecher, der den Arbeitern in den Rücken fällt, der gegen das Interesse der Arbeiter für einen Schundlohn und unter den elendsten Arbeitsbedingungen Dienste leistet, fordern sie die Freiheit der Arbeit! Die Grenzen werden dem fremden Vieh nicht geöffnet, weil unsere Viehbesitzer geschützt werden müssen, die Grenzen werden dem fremden Getreide nicht geöffnet, weil unsere Getreidebesitzer geschützt werden müssen, die Grenzen bleiben den fremden Industrieerzeugnissen verschlossen, weil die Industriellen geschützt werden müssen. An den Schutz der Ware Arbeitskraft denkt aber niemand. Wenn die tschechischen Arbeiter streiken, werden deutsche, wenn die deutschen streiken, tschechische und andere Arbeiter als Streikbrecher angeworben. Da gibt es einen Import aus Ungarn, aus Ogalien, aus dem Ausland, da hören nationale und pro-trich Cörcanen auf, da gibt es nur eine Grenze, und zwar die des Unternehmers, da hört der Schutz des Arbeiters auf und da beginnt der Schutz des Arbeitswilligen. Was da für Oesterreich ausgeführt wird, das gilt fast bis auf das Lipfchen über dem i auch für das Deutsche Reich und seine Befürworter der sogenannten Freiheit der Arbeit, die eben nichts anderes ist, als die Freiheit des Unternehmers, den Lohnslaven nach Herzenslust auszubeuten, und ihn des einzigen Schutzes, den ihm das Gesetz gewährt, zu berauben.

Im Anschlusse seiner allgemeinen Erörterungen über die Arbeitswilligen untersucht Jngwer die wichtige Frage, ob man sich als Streikbrecher verwenden lassen muß, wenn man sich dazu unbewußt verpflichtet hat. Es kommt nämlich sehr oft vor, daß Unternehmer, bei denen ein Streik ausgebrochen ist, auswärts Arbeiter aufnehmen und ihnen verschweigen, daß bei ihnen gestreikt wird. Nun erscheinen diese Arbeiter in der Betriebsstätte, erfahren erst dort, daß eine Koalition gegen den Unternehmer bestehe, und lehnen die Aufnahme der Arbeit ab. Können sie vom Unternehmer auf Leistung der Arbeit verklagt werden? Oder: Ein Unternehmer hat zwei Betriebe; in einem Betriebe besteht ein Streik, im anderen nicht. Nun beauftragt er die Arbeiter des zweiten Betriebes, im ersten Betriebe Streikbrecherdienste zu leisten. Können die beauftragten Arbeiter diese Arbeit verweigern? Es ist für Jngwer zweifellos, daß die Arbeiter in beiden Fällen berechtigt sind, die Leistung der Arbeit abzulehnen. Die Gründe für diese Ansicht liegen auf der Hand: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Arbeiterschaft den Streikbruch für eine verächtliche, also unsittliche Handlung hält. Wenn nun der Unternehmer dem Arbeiter zumutet, Streikbrecherdienste zu leisten, so macht er den Versuch, den Arbeiter zu einer unsittlichen Handlung zu verleiten, was sowohl nach österreichischem wie deutschem Recht, nach der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, wie nach der österreichischen, nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuche, wie nach dem entsprechenden österreichischen Gesetze als Grund zur Auflösung des Arbeitsvertrages ist.



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

**Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Frankfurt a. M. (Führmann u. Haus) Meldorf, Rathenow (Maschinenfabrik Gierke) Stolp in Pommern (Konstantin Decker), Söwienmünde, Serford (Volkmann, Möbelfabrik), Jena (Grobe), Basel, Bern, Neuchâtel und Zürich (Möbelfabrik Mächler) in der Schweiz, Budapest, St. Louis in Frankreich.**

**Korbmachern nach Berlin (Vergmann), Fürstenberg a. Oder, Guben, Hamburg (Heitmann), Schönebeck a. S., Wetzlar bei Halle a. S.**

**Klaviermachern nach Berlin (Wogt u. Voigt, Warschauer Straße), Zürich.**

**Pantinenmachern nach Treuenbriezen (Hubel).**  
**Bergolbern nach Burg (Wattenberg u. Co.), Ulm a. Donau (Weiß), Budapest.**

**Kammern nach Döhringstadt (H. Glücker).**

**Parfettlegern nach Straßburg i. Elz. und der Schweiz.**

### Aus der Praxis der Stellmacherinnungen.

a. h. — Die energische Organisationsbetätigung der Stellmachermeister während der letzten zwei bis drei Jahre war in der Hauptsache wohl veranlaßt durch die Notwendigkeit, die Verwirrenheit und die teilweise recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Handwerk zu beheben. Das stete Vordringen der modernen Industrie hat auch im Kleinbetrieb des Wagenbaugewerbes die wirtschaftliche Selbständigkeit immer zweifelhafter gestaltet. Aber auch die beträchtlich gestiegenen Preise der Rohmaterialien mußten unwillkürlich dazu führen, die Stellmachermeister endlich aus der vom Gesellenstande übernommenen Gleichgültigkeit gegenüber jeglicher Organisationsbestrebung aufzurütteln.

Wir wären nun die letzten, die den Unternehmern die Berechtigung absprechen wollten, ihre wirtschaftliche Lage durch Zusammenstoß zu verbessern. Im Gegenteil. Es könnte uns nur angenehm sein, wenn auf dem einmal betretenen Wege erfolgreich weiter gearbeitet würde. Dadurch wird nicht den Arbeitern im Stellmachergewerbe immer mehr die Notwendigkeit ihrer eigenen Organisation zu Gemüte geführt; auch das unaussprechliche Zusammenwirken der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zwecks Herbeiführung einer besseren, auf einheitlicher Basis beruhenden Lage im gesamten Stellmachergewerbe würde dadurch ganz bedeutend gefördert. Ob dieses nun durch friedliche Verständigung oder aber mit allen uns zu Gebote stehenden Zwangsmitteln geschieht, das können wir ruhig der weiteren Entwicklung überlassen. Denn dazu ist zum wesentlichen Teile der Grad der vorhandenen Einsicht unserer Arbeitgeber ausschlaggebend. Indes dürfen wir unsere Erwartungen über eine derartige Einsicht nicht allzu hoch stellen. Die Kleinmeister zeichneten sich ja stets durch Borniertheit und Mangel jeglicher Kenntnisse über den Zusammenhang des wirtschaftlichen Lebens und der Triebkräfte, die zur glücklichen Lösung der sozialen Frage führen, aus. Die Stellmachermeister sogar in bedenklich hohem Grade. Dafür liefert ja deren bisherige Betätigung in Innungen und sonstigen Berufsvereinigungen Beispiele in hinreichendem Maße.

In fast allen Versammlungen der Innungsmeister kehren mit einer eigentümlichen Regelmäßigkeit stets die Klagen über die großen Wagenfabrikanten wieder, die den Kleinmeistern die von ihnen mit „großen Opfern“ herangebrachten Gesellen wegnehmen. Eine weitere oft in den schärfsten Tönen geäußerte Klage gilt den Schmiedemeistern, die selbst Stellmachergesellen beschäftigten, und wird hiergegen sogar gesetzliche Erschwerung, ja mitunter direkter Verbot gefordert. Hier und da greift man auch wohl — natürlich in der schonendsten Weise — den Vater Staat an, der durch das ständige Heraufschrauben der Holzpreise sehr zur Erschwerung des Handwerks beiträgt. Kurios ist auch die Anschauung, die auf einer am 2. Mai 1908 in Freising tagenden Wagner-Versammlung zwecks Gründung eines Wagnermeistervereins zutage trat. Im Bericht hierüber heißt es unter anderem: „Veranlassung zur Gründung des Vereins gab die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der einfachen Wagnerarbeiten von anderen Berufsständen ausgeführt wird, daß das Halten von Lehrlingen so beschwerlich ist, daß bisher die Meister davon Abstand nehmen, infolgedessen aber Mangel an Gesellen eintritt, der dazu führt, daß mehrere Meister nicht mehr imstande sind, die dem Wagner noch vergönnten komplizierten Arbeiten zur rechten Zeit ausführen zu können.“ Etwas Ungereimteres konnte kaum gesagt werden. Ein Mangel an Gesellen, wo doch mehr als die Hälfte der gelernten Stellmacher nicht mehr im Mutterberufe arbeiten können infolge der hier herrschenden sprichwörtlichen Lehrlingszuchterei und den miserabelsten Lohn- und Arbeitsbedingungen! Sind doch in Bayern, speziell in der Gegend von Freising, Wochenlöhne von 3 bis 5 Mk. bei 13- bis 14tündiger Arbeitszeit pro Tag gang und gäbe! Aber auch in den

Reihen der Innungsgrößen treten oft die wunderlichsten Ansichten zutage. So sagte auf dem Verbandstage der Deutschen Stellmacher- und Wagnerinnungen im August 1907 über den Einfluß der gesteigerten Holzpreise auf die Arbeitspreise das „Verbandschrenmitglied“ Franz-Berlin: „Die Katastrophe bei den Stellmachern liegt in den zu billigen Holzpreisen. . . Keiner dürfe das Holz billiger erhalten als der andere, dann werden auch die Preise für gelieferte Arbeit billiger sein.“ Meister Fabe-Hamburg meinte gar: „Die Arbeitslöhne spielen bei der Holzverküperung eine sehr große Rolle im Fällen, Schneiden, Transport usw.“ Von anderen Rednern wurde wieder das Nachlassen der Zufuhr des Holzes aus dem Ausland als die Ursache der Preiserhöhung bezeichnet. Derartige Behauptungen werden jedoch durch die amtliche Ein- und Ausfuhrstatistik geradezu Lügen gestraft. Von 1890 bis 1905 stieg die Einfuhr von Bau- und Nutzholz von 32 805 867 Meterzentner auf 53 108 566 Meterzentner, gleich 62 Proz., während die Ausfuhr im Umfange von circa 3 Millionen Meterzentnern in den 16 Jahren nicht nur ziemlich gleich blieb, ja, in den letzten 7 Jahren um 10 Proz. zurückging. In Wirklichkeit ist es die berühmte deutsche Zollpolitik, die auch im Stellmachergewerbe das Wirtschaftsleben immer mehr erschwert. Über einer derartigen Einsicht halten sich die Herren Innungsleiter streng verschlossen, denn sonst müßten auch sie mit der Arbeiterschaft gegen eine derartige Regierung und Reichstagsmehrheit ankämpfen, die in solcher außerordentlichen Tragweite an dieser wirtschaftlichen Schädigung des Handwerks schuld tragen. Doch hierzu fehlt, wie gesagt, die nötige Einsicht; lieber beginnt man die Versammlungen und sonstigen Tagungen mit einem Hoch auf den jeweiligen „Landesherrn“ und denoten Lobeserhebungen auf die „weise Regierung“, die in so „fürsorglicher Weise“ für das Handwerk arbeitet.

Nach einer Richtung hat es aber im Laufe der letzten Jahre in den Köpfen der Stellmachermeister ganz erheblich zu dämmern begonnen. Man beschritt in ausgiebigstem Maße den Weg der Selbsthilfe. Die so oft angepriesenen Vorschläge der Mittelstandsretter: Genossenschaftlicher Zusammenschluß, Preisregulierung, Preis-erhöhung, Verkürzung der Zahlungsfrist für die Kundschaft und nebenbei ein bißchen Scharfmacherei, nahmen in den Organisationsbestrebungen der Stellmachermeister immer greifbarere Gestalt an. Die gesetzlichen Hindernisse, die der Anwendung derartiger Mittel den Zwangsinnungen entgegenstehen, glaubte man durch Gründung freier Vereinigungen am sichersten zu umgehen. Und in diesen ist auch das ganze Schwergewicht der derzeitigen Organisationsbetätigung hineinverlegt. Interessant ist es nun, das in den letzten zwei Jahren auf diesem Gebiete Erreichte zu verfolgen.

Von den Innungen bzw. freien Vereinigungen, die in dieser Frist Preiserhöhungen vornahmen und gleichzeitig die Mehrforderung angaben, sind insbesondere zu nennen: Annaberg mit 10 Proz., Berlin mit 20, Braunschweig mit 10 bis 15, Hamburg-Altona mit 10 bis 25, Hirschberg i. Schl. mit 15, Kreis Freiberg i. Sa. mit 15, Königshütte mit 25, Leipzig mit 10, Kreis Mainz mit 20, Melle mit 10, Mühlhausen i. Th. mit 8, Potsdam mit 25, Rastenburg mit 25, Fürstentum Rastenburg mit 15 bis 20, Kreis Suhl mit 10 und Müll mit 20 Proz. Außerdem fanden noch in einer großen Zahl anderer Orte bezw. Bezirke Preiserhöhungen statt, ohne daß in der Deffentlichkeit direkte Angaben über die Höhe derselben verlaubar wurden. Soweit uns bekannt, trifft dies zu für: Bezirk Balingen, Amtshauptmannschaft Rauen, Kreis Verfenbrunn, Deuthen a. O., Kreis Wiefelsh, Kreis Diepholz, Quisburg, Oberamt Freudenstadt, Gelenau (Bezirk des Mittelgebirgischen Stellmachermeistervereins, 17 Orte), Karlsruhe, Kiel, Magdeburg, Neu-Ulm, Kreis Norderdithmarschen, Lehe-Geestemünde, Ludwigslburg-Grabow und Umgegend, Oberhausen, Oberhofen (Bezirk der Freien Vereinigung erzgebirgischer Stellmachermeister), Großherzogtum Oldenburg, Ostfriesland und Umgegend, Rüdeshelm, Süderbrarup, Kreis Tharandt i. Sa., Oberamt Tettnang und Kreis Weimar. Es ist dies eine recht stattliche Liste; sie zeigt so recht den Eifer der Kleinmeister, mit dem sie neuerdings an die Verbesserung ihrer Lebenslage herantreten. Doch müdet es uns recht eigentümlich an, wenn man überall zur Begründung der Preiserhöhungen zum Ueberfluß auch mit den angeblich außerordentlich gestiegenen Arbeitslöhnen haufieren geht.

So heißt es von einer im März 1907 tagenden, außerordentlich stark besuchten Versammlung der Stellmachervereinigung des Großherzogtums Oldenburg: „Es wurde einstimmig beschlossen, die Preise für Stellmacherarbeiten zu erhöhen, da in den letzten Jahren die Lebensbedingungen, die Preise für Rohmaterialien sowie Arbeitslöhne sich nahezu verdoppelt haben.“ Dabei ist mit Ausnahme von Delmenhorst in keinem anderen Orte Oldenburgs von den Stellmachergesellen jemals eine Lohnforderung gestellt worden. Doch weiter. Im November 1907 fanden sich in Bromberg 200 Stellmacher- und Schmiedemeister des Regierungsbezirks Bromberg zusammen, um über die Erzielung von Einheitspreisen zu beraten. Der Referent, Handwerkskammerhuthius Duda, ging in seinen Ausführungen insbesondere eingehend auf die gestiegenen Arbeitslöhne ein, und heißt es an einer Stelle des veröffentlichten Protokolls gar:

„Daß die Arbeitslöhne auch durch die Arbeitnehmerorganisationen verteuert werden, wurde an zahlreichen Exempeln nachgewiesen.“ Und doch ist in Wahrheit dank des großen Indifferentismus unserer ost- und westpreussischen Kollegen es leider noch niemals möglich gewesen, in auch nur einem Orte des genannten Bezirks festen Boden für unsere Organisation zu gewinnen, um durch etwaige Lohnbewegungen auch wirklich eine Erhöhung der Arbeitslöhne herbeizuführen.

Diese Praxis wie auch die Erfolge der Organisation der Kleinmeister des Wagenbaugewerbes müßte naturgemäß unsere Kollegen veranlassen, in verstärktem Maße das zu fordern und zu eringen, was ihnen in so vielseitiger Weise längst angedichtet wurde. Doch damit scheint es bedenklich zu hapern. Insbesondere die Stellmacher der obengenannten Orte und Bezirke hätten vor allem aus der derzeitigen Unternehmertaktik die gebührende Nutzenwendung zu ziehen.

Zwei Dinge sind es aber, die uns gerade in der gegenwärtigen Zeit zum ersten Nachdenken zwingen: die Praxis der Stellmacherinnungen und Vereinigungen, durch stete Ausbreitung ihrer Organisation unter Vorpiegelung von gestiegenen Arbeiterlöhnen einen immer steigenden Gewinn aus unserer Arbeitskraft herauszuschlagen, und das eifrige Bemühen, durch weitere Ausdehnung des „Arbeitgeberverbandes für das Wagenbaugewerbe“ den Arbeitern in ihrem Begehren um den geringsten Anteil an dem von ihrer Hände Arbeit geschaffenen Mehrgewinn erfolgreich entgegenzuwirken. Möge ein jeder Kollege hieraus die nötigen Lehren ziehen!

### Soziales.

Aus dem Reichstage.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das seit dem Jahre 1896 in Kraft ist, war bestimmt, den Interessen des Mittelstandes zu dienen. Ganz hat es aber seinen Zweck nicht erfüllt; es fanden sich immer wieder Lücken, durch welche findige Industriekritter hindurchschlüpfen konnten. Um diesem Mangel abzuhelfen, hat die Regierung einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen erste Beratung am 25. Januar auf der Tagesordnung des Reichstages stand. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Bestimmungen zu einer schärferen Regelung des Ausverkaufswesens. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen.

Am 26. Januar beschäftigte sich der Reichstag mit der Forderung der Regierung, den armen Aktionären des Norddeutschen Lloyd ein Geschenk zu machen. Diese Schiffsahrtsgesellschaft unterhält Verbindungen mit überseeischen Kolonien, die ihr angeblich nicht genug Profite abwerfen. Sie bezieht deshalb jetzt schon einen recht ansehnlichen Zuschuß aus der Reichskasse, der ihr aber nicht hoch genug erscheint. Die Regierung kann sich der Notlage der armen Aktionäre nicht verschließen und beantragt, die Subvention um 270 000 Mk. zu erhöhen. Die Wladpartei ist mit dieser Verwendung des Geldes der Steuerzahler durchaus einverstanden, dagegen machte sich der Redner des Zentrums, welches bekanntlich gegenwärtig in der Opposition ist, das Vergnügen, auf die schlechte Finanzlage und die Pflicht zur Sparsamkeit hinzuweisen, wobei es sich auf den Reichskanzler als Zeugen berief. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Gelegenheit benützt, um die miserablen Arbeitsverhältnisse beim Norddeutschen Lloyd zu beleuchten, der auch das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennt. Der Patriotismus, den die Firma zur Schau trägt, hindert sie nicht, die deutschen Seeleute systematisch von ihren Schiffen zu verdrängen und deren Stellen mit Fremden zu besetzen, die billiger und williger sind. Da solche Argumente auf die Reichstagsmehrheit keinen Eindruck machen, dürfte die Forderung schließlich Annahme finden.

Die Diskussion über den sozialdemokratischen Antrag auf reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der Landarbeiter und des Gesindes, die am 20. Januar begonnen hatte, wurde am 28. Januar fortgesetzt, aber nicht zu Ende geführt. In dieser Debatte war besonders bemerkenswert die Rede des Abgeordneten Fegter, eines ostpreussischen Bauern, der auf Grund seiner praktischen Erfahrungen entschieden für die Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter eintrat. Auch die folgende Sitzung beschäftigte sich mit Arbeiterfragen. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation des Zentrums über die schwarzen Listen. Zur Begründung der Interpellation hatte der Abgeordnete Giesberts ein reiches Material über den unerhörten Terrorismus beigebracht, mit welchem insbesondere die Kohlenbarone mißliebige Arbeiter verfolgen. Dieses Material wurde später durch den Genossen Sachse noch vervollständigt. In seiner Antwort meinte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, daß auf gesetzlichem Wege dem Unfug nicht gesteuert werden könne. Er wünscht aber, daß die schwarzen Listen veröffentlicht werden, damit die gemäßigten Arbeiter wissen, woran sie sind, und daß die Ausschreibung auf eine kürzere Zeit beschränkt bleibt. Natürlich sind derartige fromme Wünsche, auch wenn sie vom Regierungstisch kommen, den Unternehmern jeher gleichgültig, ganz abgesehen davon, daß auch bei ihrer Berücksichtigung den Arbeitern wenig geholfen wäre. Ge-



neisse Sache hatte ganz recht, als er erklärte, die Rede des Staatssekretärs erinnere an das bekannte Wort, das der frühere Staatssekretär v. Bötticher einst den Unternehmern zugerufen hat: „Wir arbeiten ja nur für Sie.“ Trotz ihrer moralisierenden Form war die Rede des Regierungsvertreter lediglich eine Beschönigung des Verhaltens der Scharfmacher.

Am folgenden Tage sollte die Debatte fortgesetzt werden; es kam aber nicht dazu. Auf die Tagesordnung der Sitzung vom 30. Januar waren zunächst Rechnungssachen gesetzt worden. Hierbei wurde ein Posten von 200 000 Mk., der ohne Genehmigung des Reichstags für die Vorbereitung zum Bau einer afrikanischen Wüstenbahn ausgegeben war, beanstandet. Der Antrag, die nachträgliche Genehmigung abzulehnen, führte zu einer Debatte, die ein vorzeitiges Ende nahm, da die Beschlussunfähigkeit festgestellt wurde. (In einer späteren Sitzung wurde übrigens die nachträgliche Genehmigung erteilt.) Die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung war daher in das Belieben des Präsidenten gestellt, dem anscheinend die Unterhaltung über die schwarzen Listen kein Vergnügen macht.

Als der Reichstag nach einer kurzen Pause am 4. Februar wieder zusammentrat, stand die zweite Lesung des Stats des Reichsamtes des Innern auf der Tagesordnung. Der Bewilligung des Gehalts des Staatssekretärs geht gewöhnlich eine Diskussion voraus, in welcher die Parteien ihre grundsätzliche Stellung zu den einzelnen Fragen zum Ausdruck bringen, welche dieses weitläufige Ressort berühren. So war es auch diesmal, und zwar nahm die Sozialpolitik des Reiches einen recht breiten Raum ein. Der Nationalliberale Wassermann bewies sein warmes Herz für den Mittelstand, er kam aber in dieser Beziehung mit dem Tischlermeister Pauli nicht mit. Dieser Innungsman ist von einem fanatischen Haß gegen die Arbeiter erfüllt, welchem er auch bei dieser Gelegenheit die Zügel schießen ließ. Er mußte sich zwar vom Genossen Hoch, der eine groß angelegte Rede hielt, in welcher er die ganze deutsche Sozialpolitik einer kritischen Würdigung unterzog, einige unangenehme Wahrheiten sagen lassen, die ihn natürlich nicht hindern werden, sein Stiefpferd weiter zu reiten.

Im Laufe dieser Debatte bewies auch der Abgeordnete Schack, der Vorsitzende der antisemitischen Handlungsgehilfenorganisation, seine hervorragende Befähigung zum Gewerkschaftsführer. Er fühlte sich nämlich gedrungen, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß nicht noch mehr Großindustrielle im Reichstag sitzen. Als ob die Arbeiter und Angestellten an dem Einfluß, den die Scharfmacher jetzt schon auf den Gang der Gesetzgebung ausüben, nicht mehr als genug hätten.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg benützte die Gelegenheit, um einige Mitteilungen über den Inhalt der bevorstehenden Reform der Versicherungs-Gesetzgebung zu machen; er stellte dabei in Aussicht, daß die entsprechende Vorlage noch im Laufe dieses Monats veröffentlicht würde. Bemerkenswert ist die Mitteilung, daß die Betriebskrankenkassen erhalten bleiben sollen, daß jedoch eine größere Zentralisation der Ortskrankenkassen beabsichtigt ist. Um den Einfluß der Arbeiter auf diese Kassen zu mindern, sollen die Beiträge künftig von den Unternehmern und Arbeitern je zur Hälfte getragen werden und dementsprechend beide Teile gleich stark im Vorstand vertreten sein. Interessant ist auch die Mitteilung, daß sich die Reichsversicherungsanstalt zum Zollgesetz, die vom Zentrum ausgearbeitet war, um die Arbeiter mit dem Zollwucher zu versöhnen, als blauer Dumm erwiesen hat. Aus den Erträgen der Zölle ist für die Witwen und Waisen der Arbeiter nichts übrig geblieben; die Hinterbliebenenversicherung wird ausschließlich auf feste Beiträge der Arbeiter und der Unternehmer aufgebaut werden müssen. — Eine Kritik der Versicherungsreform können wir zurückstellen, bis der Entwurf vorliegt; die Andeutungen des Staatssekretärs lassen voraussehen, daß vom Arbeiterstandpunkt sehr viel gegen die Reform einzuwenden sein wird.

**Auf zum Protest gegen die Tabaksteuervorlage!** Im Auftrage der 345 Delegierten des Tabakarbeiterkongresses, im Interesse der von diesen vertretenen 170 000 Arbeiter der Tabakindustrie und deren Hilfsindustrien appelliert die Kontrollkommission der Tabakarbeiter Deutschlands an die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft. Bekanntlich will die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abermals zu den bisher von ihr getragenen circa 80 Millionen Mark Zöllen und Steuern mit 78 Millionen Mark neuen Steuern belasten. Selbstverständlich würde neben den Konsumenten vor allem die Tabakarbeiterschaft unter dieser Steuer schwer zu leiden haben. Große Arbeitslosigkeit und erhebliche Verschlechterung der Lohnverhältnisse wäre die Folge dieser neuen Tabaksteuer, wie es die Folge der Tabakzollerhöhung von 1870 gewesen ist. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter erläßt nun einen Appell an die Gesamtarbeiterschaft, in dem diese aufgefordert wird, bereint mit den Tabakarbeitern alles zu versuchen, damit die Tabaksteuervorlage abgelehnt wird. Zum Schluß des Aufrufs heißt es: „Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechts, und so gelobten sich die 345 Delegierten am Schlusse des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärkter Weise fortzusetzen.“

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Dazu dürfen wir Eurer Willkür! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsere gewerkschaftlichen Organisationen abzuwehren. Des Glaubens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehört mögt, wir alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Nullis degradiert werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an Euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen: Unsere Interessen sind Eure Interessen!

Und hoffnungsfreudig, wie bei Beendigung des Tabakarbeiterkongresses, schalle der Schlußruf der gesamten Arbeiterkassenschaft durch alle Lande: Durch Kampf zum Sieg!

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Wendelstein wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 10 Pf. ab 1. Februar erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Das Protokoll über die Verhandlungen der Korzarbeiterkonferenz gelangt in den nächsten Tagen zum Versand. Die Broschüre soll als Agitationschrift unter den Mitgliedern dieser Branche gratis verteilt werden, und ersuchen wir die Lokalverwaltungen nochmals, die Bestellungen hiernach umgehend an uns gelangen zu lassen.

In letzter Woche ist mit dem Versand des Werkes „Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie, Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Korzarbeiterverbandes vom November 1906“ begonnen worden. Jede Zahlstelle erhält ein gebundenes Exemplar für die Bibliothek und außerdem so viel broschurierte Exemplare, als zur Verteilung an die Verwaltungsmitglieder und Vertrauensleute benötigt werden. Diese Exemplare sind an die betreffenden Kollegen unentgeltlich abzugeben. Die übrigen Mitglieder können das Buch gegen Erstattung des Herstellungspreises beziehen; den Preis werden wir in nächster Nummer bekanntgeben.

Es ist bei uns aus einer Reihe von Zahlstellen in der letzten Zeit wiederholt beantragt worden, zu genehmigen, daß eine Anzahl ehemaliger Mitglieder, die in den letzten Jahren wegen irgendwelcher Verfehlungen aus dem Verband ausgeschlossen wurden, jetzt wieder aufgenommen werden dürfen. Indem wir aus diesem Anlaß auf die diesbezüglichen Vorschriften im Handbuch (Seite 51) verweisen, bemerken wir noch, daß der Verbandsvorstand im allgemeinen mit der Wiederaufnahme vor längerer Zeit ausgeschlossener Mitglieder einverstanden ist, sobald die betreffende Zahlstelle dem Antrage zugestimmt hat. In Rücksicht auf besondere Ausnahmen muß allerdings der Vorstand sich auch für die Zukunft die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 73 629 John Bengtson, Korbmacher, geb. 23. 12. 82 zu Wesenhorst.
- 78 063 Gustav Jährig, Tischler, geb. 7. 8. 73 zu Schönbach.
- 81 140 Marg. J. H., Tischler, geb. 12. 7. 84 zu Hof.
- 209 061 Emma J. H., Tischler, geb. 31. 8. 75 zu Hof.
- 263 448 Heinrich J. H., Tischler, geb. 13. 7. 03 zu Lippelne.
- 283 406 Heinrich Schöne, Hilfsarb., geb. 1. 1. 82 zu Leipzig.
- 301 429 Hermann Seidel, Tischler, geb. 22. 5. 71 zu Gottesberg.
- 308 096 Wilhelm Stork, Stellmacher, geb. 10. 1. 79 zu Rodheim.
- 388 278 Heinrich Kirch, Tischl., geb. 8. 3. 88 zu Argentheim.
- 364 277 Georg Conrad, Tischler, geb. 5. 2. 85 zu Annaberg.
- 368 537 August Pieger, Tischler, geb. 3. 2. 81 zu Waldeck.
- 449 944 Karl Rhyw, Tischler, geb. 1. 2. 73 zu Seifersdorf.

Von Zahlstellen eingesandt wurden im Monat Januar nachfolgende Beträge:

- Gau Danzig: Elbing 100 Mk., Insterburg 50, Ronik 28, Marienburg 17,25, Neustettin 50, Pr. Holland 17, Rummelsburg 8,65, Sensburg 90, Stallupönen 40, Stolp 132,60, Thorn 40,05 Mk.
- Gau Stettin: Bihow 30 Mk., Demmin 70,20, Fiddichow 100, Friedland 100, Gollnow 139,30, Loik 50, Lübbchen 110,02, Pasewalk 50, Sahnik 14,70, Schönberg 120, Teterow 63,55, Waren 65, Wolgast 10,93 Mk.
- Gau Breslau: Brieg 85 Mk., Deutsch-Bissa 30, Freiburg 400, Friedland 50, Görlik 1200, Grünberg 194,25, Haynau 25, Herischdorf 200, Hirschberg 80, Kreuzburg 30,70, Reisse 138,40, Rieszly 200, Weis 180, Ratibor 60, Rhybnik 17,45, Strehlen 50, Waldenburg 150, Zährze 15 Mk.
- Gau Berlin: Arnswalde 95,10 Mk., Weelk 30, Berlin 1005,20, Berlinchen 23,60, Dahme 6,03, Finsterwalde 227,01, Forst 251,05, Freienwalde 70, Fürstentwalde 150, Groß-Waltersfelde 200, Kallberge 17,69, Klosterfelde 100, Königs-Waltershausen 150, Neuenhagen 73, Neuruppin 75, Oberschneeweide 125,77, Perleberg 102,75, Ritzow 79,89, Rathenow 200, Schneidemühl 30, Schwiebus 118,80, Senftenberg 140,60, Sommerfeld 1,75, Spremberg 100, Strausberg 181,60, Treuenbrieken 200, Weiskau 78,97, Weiskauer 40, Zehdenick 101,30 Mk.
- Gau Dresden: Bautzen 300 Mk., Cosmuth 40, Gumnitzdorf 100, Döbeln 320, Geringswalde 600, Königstein 120,56, Leisnig 100, Löbau 510,60, Marienberg 15, Meissen 500, Neugersdorf 150, Neuhäusen 77,60, Niederjeschitz 500, Oschatz 100, Radeburg 52,95, Rechenberg 100,

Riesa 180, Schmiedeberg 130,40, Schweifershain 100, Seifhennersdorf 65, Waldheim 500 Mk.

Gau Chemnitz: Adorf 10 Mk., Borna 320, Crimmitschau 130, Düben 48,20, Eilenburg 700, Frankenberg 300, Glauchau 197, Kummerdorf 50, Langenberg 60, Meerane 100, Niederböhmersdorf 47,02, Oelsnik 110,90, Reichenbach 80, Schleißig 205,53, Schmölln 600, Trewen 60, Wollenstein 65, Zeulenroda 200, Zwickau 150 Mk.

Gau Erfurt: Arnstadt 150 Mk., Bleicherode 40, Brotterode 33,60, Bürgel 378,38, Coburg 190, Corbeitha 50, Duderstadt 90, Eichwege 110,03, Frankenhausen 300, Gernsdorf 30, Ilmenau 75, Kahla 10, Leisnig 33,80, Mellendorf 200, Raumburg 150, Nordhausen 75, Ostheim 58,09, St. Andreasberg 55, Schlotheim 25,60, Wallershausen 180, Zella-Mehlis 40,60 Mk.

Gau Magdeburg: Aken 45 Mk., Aschersleben 200, Bernburg 150, Calbe 40, Clausthal 32,05, Coswig 156,75, Eisleben 100, Gardelegen 100, Goslar 100, Güssen 40, Halberstadt 200, Neuhalbesleben 38, Salzwedel 100, Schönebeck 200, Stendal 200, Tangermünde 100, Werbitz 100 Mk.

Gau Hamburg: Apenrade 14,56, Bergedorf 252,89, Blankenese 200, Brinsum 205,45, Cuxhaven 81,15, Dammenberg 100, Delmenhorst 11,75, Emden 10, Gutin 10,21, Geesthacht 200, Gethorf 50, Glückstadt 104,10, Habersleben 110,61, Hufum 5, Kellinghusen 89,94, Leer 182,54, Marne 60, Neuenburg 70, Neustadt 80,14, Norden 48,87, Nordensham 100, Pinneberg 61,67, Scharbeck 38,55, Schiffbeck 180, Schleswig 60, Schwanau 45, Segeberg 50, Stade 60, Uetersen 30, Varel 78,10, Wilhelmshaven 150, Wilsen 216,72, Wulsdorf 161,67 Mk.

Gau Hannover: Bielefeld 500 Mk., Blomberg 80, Bredenberg 120, Bünde 300, Delligen 26,90, Detmold 250, Gesehn 93, Gildesheim 100, Lage 100, Lemgo 15,88, Melle 40, Münden 360, Northem 19,20, Osabrück 400, Peine 170, Quadenbüsch 90, Stadthagen 70, Uelzen 100, Uslar 100, Walsrode 75 Mk.

Gau Düsseldorf: Bodum 200 Mk., Castrop 106, Düren 9,72, Elberfeld 500, Engelskotten 100, Euskirchen 70, Gevelsberg 77,18, Gummersbach 100, Haan 27,60, Hamborn 150, Herforn 50, Kettwig 40, Lütgendortmund 30,25, Mülheim 13,90, Oberhausen 41,28, Ohlig 236,70, Paderborn 90, Remscheid 65,25, Schwelm 200, Schwerte 9,50, Siegen 65, Herdingen 241,76, Velbert 108,83, Wals 200, Wanne 113,87, Wermetkirchen 81,95, Witten 105,05 Mk.

Gau Frankfurt: Andernach 100 Mk., Bacharach 100, Bensheim 100, Edenkoben 35, Heidelberg 150, Hellstein 30, Hüh 100, Kellheim 200, Kirchheim 200, Marburg 130, Neustadt 50, Neuwied 60, Oggersheim 40,09, Reiffenhausen 80, Speyer 100, Wödenhausen 113,70, Weinheim 23,20, Wehlar 90, Zweibrücken 100 Mk.

Gau Nürnberg: Ansbach 100 Mk., Bamberg 200, Feucht 140, Forchheim 90, Hersbruck 14,42, Lauf 60, Mitterteich 55, Wittviß 36,50, Pappenheim 8,33, Regensburg 100, Roth 35,35, Schopfloch 15,66, Schwabach 60, Schweinfurt 85, Selb 56,71, Waldmünchen 20,80, Wunsiedel 40,88 Mk.

Gau München: Nibing 50 Mk., Augsburg 200, Brudmühl 40, Garmisch 70, Günzburg 50, Kempten 250, Kirchseeon 40, Lindau 60, Memmingen 50, Miesbach 2,01, Mindelheim 50, Mühldorf 50, Pfarrkirchen 40, Weilheim 100, Wörriahofen 42 Mk.

Gau Stuttgart: Aalen 75 Mk., Allensteig 25, Balingen 6,90, Biberach 80, Bietigheim 53,34, Bretten 60, Bruchsal 70, Donaueschingen 50, Durach 267,85, Emmendingen 40, Freiburg 500, Freudenstadt 30, Furthwangen 150, Gaggenau 130,20, Gaildorf 70,75, Geisweiler 31, Geislingen 41,70, Göppingen 163,12, Hechingen 40, Heidenheim 16,67, Heilbronn 300, Hornberg 53,80, Kirchheim 125,58, Laupheim 47,34, Lauterbach 90, Lenzkirch 40, Lorch 205, Ludwigsburg 40, Mosbach 45, Mülhausen 300, Nürtingen 60, Oberkochen 13,30, Pannenberg 100, Reichenbach 45,20, Schwabmünchen 13,17, Ulm 16,76, Spaichingen 126,25, Stuttgart 88,22, Ulmberg 50, Urffingen 25, Waldkirch 45,58, Waldbach 60, Wangen 54,40, Wertheim 52,05, Wimmenden 84,30 Mk.

Die Verwaltungen und Revisoren werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nur solche Beträge sind hier aufgeführt, welche bis inkl. 31. Januar in Händen des Kassierers waren.

Berlin C., Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

### Aus der Glendindustrie.

Das ist auch wieder einmal so eine von den gewissenlosen sozialdemokratischen Hebern erfundene Bezeichnung für die Korbmacherei. Dabei sind die Verhältnisse in derselben gar nicht so wie diese Benennung sie erscheinen lassen will. Die Korbmacher sind zufrieden und in der Korbindustrie herrscht Wohlstand, vereinzelt sogar Reichtum. So und ähnlich kann man es täglich in der von den Korbindustriellen beeinflussten Lokalpresse Oberfrankens lesen. Und sie haben recht, diese Draven! Recht, wenn man unter der Korbindustrie das Unternehmertum versteht, das auf Kosten der Korbmacher herrlich und in Freuden lebt. Geld zusammenzuschlagen, verstehen diese Herren aus dem ff. Das muß ihnen der Meid lassen. Ganz besondere Gelegenheit dazu bietet die derzeitige Geschäftsperiode. Es ist unglücklich, wer da alles daran verbienen will und auf welche Art Geld herausgeschunden wird.

Da hat man geglaubt — und am Ende glaubt es die Geeresverwaltung noch —, daß durch die Vergebung der Lieferungen zu jehiger Zeit die Krise etwas gehoben wird und zahlreichen Arbeitern eines der zurückgebliebensten Berufe auskömmlicher Verdienst beschafft wird. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Geschloßfabrikation heute Gegenstand der tollsten Spekulationen und Schiebungen ist. Durch drei, ja vier Hände geht eine Lieferung, ehe sie an den eigentlichen Verfertiger kommt, und an jeder Hand bleibt etwas Neben, jede will daran verdienen. Da kann man sich denken, was für die Korbmacher übrig



bleibt. Da hat ein Kommerzienrat in Lichtenfels, eine große Verlegerfirma, eine große Lieferung übernommen. Er hat natürlich keine eigene Werkstatt, hat selbst keinen Korbmacher sitzen und gibt die Lieferung an eine Korbmacher-Gesellschaft, natürlich nicht um Gotteslohn, weiter. Eine andere in den Korbmacherkreisen weit und breit bekannte Persönlichkeit hat bei der Heeresverwaltung etwas auf dem Korbholze und bekommt deshalb keine Lieferung mehr; dafür bekommt sie aber sein Logiswirt, ein biederer Spezereihändler, der vorgehoben wurde und nun auch für den König von Preußen, aber nicht unter der an diese Bezeichnung sonst üblichen Deutung arbeitet. Eine dritte Firma wieder fertigt Körbe für Preußen, Sachsen und Bayern zugleich an, obwohl die Aufträge senft nur an die Unternehmer des eigenen Bundesstaates vergeben werden. Die Auftraggeber sitzen in Grimma und einigen anderen Orten.

So könnten die Beispiele zu Dutzenden aufgeführt werden.

Und nun erst die Manöver, die angewendet werden, um aus den Korbmachern das letzte bischen Markt herauszuholen. Auch dafür ein paar Beispiele. Sonst ist es wohl überall Sitte, daß der den Profit einbringende Fabrikant die Fabrikationseinrichtungen stellt. Anders ist das in Oberfranken. Da muß z. B. in der Korbwarenfabrik von Lauterbach in Wittwiz der Korbmacher den Arbeitsboden zu zwei Dritteln, etwa 2,50 Mk., bezahlen, das dritte Drittel zahlt großmütig der Fabrikant, dem dann natürlich auch das Arbeitsgerät gehört, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird. Es tritt dann ein anderer Arbeiter ein, der wieder zwei Drittel bezahlt, und so bekommt der Fabrikant die Arbeitsböden, die er eigentlich selbst stellen müßte, doppelt und dreifach bezahlt.

Dieselbe Firma hat größere Marinekörbe zu machen, für die es an anderen Orten 1,80—1,85 Mk. Arbeitslohn gibt. Die Firma zahlt dafür 85 Pf., und da bei diesem Lohnsatz der doch so bescheidene übliche Lohnsatz nicht verdient werden kann, haben sich die Korbmacher geweigert, die Körbe zu fertigen. Die Firma hat sich aber zu helfen gewußt, sie hat mit ihren Arbeitern vereinbart, daß für jeden Korb von den Arbeitern, die sich weigern, dieselben zu machen, 15 Pf. erhoben werden, um die dann den Arbeitern, die die Körbe machen, der Lohn erhöht wird. Die Firma hat herausgerechnet, daß auf jeden Arbeiter 50 Körbe entfallen und zieht jedem 7,50 Mk. ab, der sich weigert, diese Körbe zu machen. Wenn also die Firma von 100 Arbeitern — das dürfte ungefähr den Tatsachen entsprechen — obigen Betrag abzieht, erhält sie 750 Mk., und braucht für 1000 Körbe nur 1000 Mk. Lohn zu zahlen. Sie braucht in Wirklichkeit also nur 250 Mk. zu zahlen für eine Arbeit, für welche die Konkurrenz 1300—1350 Mk. aufwenden muß. Gaißt ein Geschäft!

Und die Arbeiter? Du lieber Gott, da muß noch vieles besser werden, ehe sie den Einfluß auf das Arbeitsverhältnis erhalten, den ihre organisierten Kollegen sich erkämpft haben. Den Weg dazu hat ihnen der Korbwarenfabrikant Lauterbach in Wittwiz gewiesen, als er gelegentlich einer Verhandlung auf den Hinweis, daß an anderen Orten 8 Mk. und mehr für Geschäftskörbe gezahlt wird, entgegnete: „Ja, die müssen es bezahlen, dort findet die Korbmacher organisiert. Ich bezahle es auch, wenn man mich dazu zwingt. Versuchen Sie es!“

**Korrespondenzen.**

**Dresden. (Werftarbeiter.)** Neben den zwei Werften der Firma Hebigauer Schiffswerft und Maschinenfabrik kommt für uns noch die Werft der Sächsisch-Böhmischen Schiffahrt-Gesellschaft in Laubegau und die Dresdener Sportbootbauerei in Betracht. Beschäftigt sind insgesamt 131 Holzarbeiter, organisiert sind die Schiffstischler und Maschinenarbeiter vollständig im Holzarbeiterverband, die Holzschiffbauer zu 85 Proz. In der Reparaturwerkstatt im Gehege sind von 26 Beschäftigten nur 13 organisiert. Bei den Holzschiffbauern sind 8 Christliche und 2 Kirch-Dundernde. Von 25 beschäftigten Hilfsarbeitern sind 8 im Holzarbeiterverband, 7 im anderen Verbands und 10 nicht organisiert. Die Stundenlöhne bewegen sich insgesamt zwischen 34 und 45 Pf. auf der Werft, in der Bootbauerei zwischen 52 und 54 Pf. Infolge der üblichen Aufschlagssätze, die bis zu 85 Proz. zum Lohn gezahlt werden sollen, erhöht sich der Verdienst bei den Schiffsbauern auf 47 Pf. die Stunde im Durchschnitt, bei den Tischlern auf 53 Pf. Bei dem Lohnakkordsystem wird höchst eigenartig verfahren, namentlich auf der Werft in Hebigau. Nach einer Bestimmung der Direktion soll die Arbeit vorher verakkordiert werden. In der Praxis ist dies beim Holzschiffbau und bei großen Reparaturen unmöglich. Der Meister schreibt dann die Preise nach Gutdünken. Sind es Arbeiter, denen dieser Herr nicht grün ist, wird wenig geschrieben. Zeigt sich, daß diese trotzdem noch auf einen höheren Aufschlag zum Stundenlohn kommen würden, wird der Aufschlag geteilt, wie erst in letzter Zeit wieder, einfach geändert. Wedauerlich ist es, daß sich die Arbeiter gegen diese Art Behandlung nicht rühren. Leider ist es den Herren gelungen, mit diesem System sich eine Reihe schwarzer Großgütchen. Würden alle Organisierten fest zusammenhalten, dann würde es auch möglich sein, Memore zu schaffen. Im Juli versuchte die Direktion die allgemeine schlechte Lage zu einer Lohnreduktion von 8 Pf. pro Stunde zu benutzen. Eine größere Zahl Holzschiffbauer war längere Zeit im Eisenschiffbau beschäftigt, wo der Stundenlohn für Helfer 32 bis 34 Pf. beträgt. Während sonst auch bewartige Arbeiter den Holzschiffbauern zu dem für eine Großstadt wie Dresden noch niedrigeren Lohn von 40 Pf. berechnet wurden, bekamen diese jetzt nur 34 Pf. Bei der Ungunst der Verhältnisse mußten sich die Kollegen damit zufrieden geben. Das letztere

wurde nun benutzt, um den zum Holzschiffbau Zurückkehrenden den Lohn auf 34 Pf. zu belassen, die anderen würden nachfolgen, hieß es. In einheitlich besuchter Versammlung wurde dazu Stellung genommen. Durch die Drohung mit eventueller Arbeitsniederlegung wurde erzielt, daß die Kollegen zu den 34 Pf. wenigstens 6 Pf. pro Stunde Aufschlag bekamen. Für weitere Arbeiten sollte ein Abzug nicht stattfinden. Mit diesem Ergebnis erklärten sich die Beteiligten zufrieden. In der Reparaturstelle im Gehege wird nur im Lohn gearbeitet. Durch Zugang von auswärts wird der Lohn immer weiter heruntergebracht. Junge Leute von den kleinen Binnenwerften, auf denen die Behelingszuchterei zu Hause ist, bieten sich für 32 Pf. die Stunde an. Die Leute hausen zum Teil auf Lagerfähnen und fahren am Sonnabend in die Heimat. Mit Argusaugen werden diese Lohnrücker von dem Leiter bewacht. Diese Leute getrauten sich auch nicht einmal in Besprechungen zu kommen. Hier ist Besserung erst zu erwarten, wenn es der Organisation gelingt, die Kollegen zum Selbstbewußtsein und Solidarität zu erziehen. Zunächst muß die Beseitigung der noch bestehenden 60stündigen Arbeitszeit angestrebt werden. Ist doch die Arbeit eine der Gesundheit außerordentlich schädliche und gefährliche. Im Januar 1908 waren allein 14 Holzschiffbauer krank. Im Laufe der Jahre ereigneten sich 10 schwere Unfälle, davon 2 an den Maschinen. Zu diesen kommen noch eine Reihe leichtere Verletzungen, durch welche die Kollegen kürzere Zeit arbeitsunfähig waren. Alles in allem ist es ein trauriges Bild. Anders kann es nur werden, wenn jeder seinen Mann stellt auf dem Arbeitsplatz wie in der Versammlung. Wenn hinter dem Rücken auf den Meister geschimpft wird und wenn man ihm gegenübersteht spielt man den guten untertänigen Arbeiter, so ist das genau so falsch, als wenn die Kollegen, wenn es einmal nicht so zugegangen ist, wie sie es sich gedacht haben, den Versammlungen fernbleiben. In der letzten gutbesuchten Versammlung wurde die alte Sektionsleitung einstimmig wiedergewählt. Nun Kollegen, haltet was zum Schluß versprochen worden ist: „Jeder sei ein Agitator, damit auch der letzte Mann organisiert wird.“

**Düsseldorf. (Wergolder.)** Das vergangene Jahr hat unserer Sektion einen guten Fortschritt gebracht. Von 36 Mitgliedern im Januar 1908 sind wir auf 45 im Januar 1909 gestiegen. Bei unserem Uebertritt zum Holzarbeiterverband zählten wir 22 Mitglieder, somit hat sich die Zahl verdoppelt. Deshalb haben wir auch die Polierer der Firma Freiberg, Oberkassel, unserer Bewegung angeschlossen, leider viel zu spät, um alle die Verschlechterungen, die sie über sich haben ergehen lassen müssen, abwehren zu können. Unter dieser Berufs-kategorie herrscht zurzeit großer Mangel an Arbeit; die Leute werden mit 9—10 Mk. pro Woche entlohnt, obwohl sie ganz gut anderweitig durchgeholfen werden könnten. Schöfel ist es zu nennen, wie sich zwei indifferente junge Köhler Polierer benehmen. Diese arbeiten bei solchem Mangel an Arbeit noch des Mittags durch. Auch sonst ist ihr Benehmen nicht einwandfrei und wird man die Herren eintretendenfalls den anderen Kollegen warm empfehlen. Dem Vorschlag der Pasinger Kollegen können wir keinen Beifall zollen. Die Sektionsleitungen mögen nur Berichte einsehen, dann braucht man über verlorene Fühlung nicht mehr zu klagen. Sollte sich durch größeren Andrang des Materials herausstellen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu klein ist, so wird der Hauptvorstand schon mit einem dementsprechenden Antrag an die Generalversammlung treten.

**Eisenberg.** Während die Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre in der Hauptsache auf die Eisenschmiede beschränkt war, ist seit Dezember auch die Pianofortbranche dazu gekommen und zwar sind es mehr die kleineren Betriebe, welche die Personal ganz bebendum verringert haben. In einem Betriebe von über 20 Köllgen beschäftigt sind, ist die Arbeit auf 1—2 Uhr beschränkt worden. Wir können deshalb nicht über Mangel an Arbeitslosen klagen, da auch in der Eisenschmiede die Krise bedeutend schärfer eingeseht hat. Es ist dies wohl dasselbe Bild, wie in vielen anderen Orten auch und wäre es an sich kein Grund, die Zeitung deshalb in Anspruch zu nehmen. Viele auswärtige Kollegen glauben aber, wohl in Erinnerung der früher öfter erfolgten Tischlergesuche nach Eisenberg, daß es hier noch besser sei wie anderswo und meinen, nur an einen hiesigen Fabrikanten schreiben zu brauchen, um sofort Arbeit zu haben. Daß dies nicht der Fall ist, ist aus Obigen zu ersehen und hat noch den Nachteil, daß die hiesigen Arbeitgeber eher geneigt sind, Arbeiter zu entlassen, als die Arbeitszeit zu verringern. Wir ersuchen deshalb die auswärtigen Kollegen, ehe sie sich an die hiesigen Arbeitgeber wenden, zuvor bei der Ortsverwaltung anzufragen. Antwort wird ihnen umgehend zuteil werden.

**Esslingen.** Am 17. Januar fand unsere jährliche Generalversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß eine öffentliche und 21 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben, darunter 8 mit Vorträgen. Ferner fanden Bezirksversammlungen statt in Altbach 8, in Oberkasselheim 8, in Oberkassel 3, in Altbach 1 und im westlichen Stadtteil 1. In einigen Geschäften wurden außerdem noch regelmäßige Werkstattversammlungen abgehalten. Der Ausschuß erledigte seine Geschäfte in 16 Sitzungen; dreimal nahm der Vorstand daran teil. Unsere Mitgliederzahl, die in den Sommermonaten auf 250 gestiegen war, steht mit 203 auf der gleichen Höhe wie zu Anfang des Jahres, obgleich wir 98 Aufnahmen zu verzeichnen hatten. Die Schuld an dem Rückgang im letzten Quartal liegt an dem schlechten Geschäftsgang, wodurch schon viele Kollegen zur Abreise gezwungen waren. An Bewegungen haben wir zu verzeichnen zunächst eine solche im Frühjahr in der Altbacher Möbelfabrik, wo eine Lohnreduktion zurückgewiesen wurde; im Juli stellten die Kollegen der Oberkasseler Möbelfabrik Forderungen an ihren Arbeitgeber, die nach achtstündigem Streik bewilligt wurden; ferner hatten sich die Drechsler der Firma Württembergische Holzwarenmanufaktur einer Lohnreduktion zu erwehren. — In diesen Bezirken schloß sich eine lebhafte Diskussion an; alle Redner waren sich darin einig, daß der im letzten Quartal eingetretene Mitgliederverlust im nächsten Quartal wieder ausgeglichen werden muß. — Der vom Kassierer erstattete

Rassenbericht weist an Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung eine bis jetzt noch nie erreichte Höhe auf. Bei den hierauf vorgenommenen Neuwahlen wurden, mit einer einzigen Ausnahme, die seitherigen Verwaltungsmitglieder wiedergewählt. — Wir ersuchen unsere Kollegen, uns bei der Agitation im kommenden Jahre regen zu unterstützen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

**Hamburg. (Wodelitscher.)** In der Sektionsversammlung vom 23. Januar gab der Sektionsführer Rippmann den Jahresbericht. Wie sehr unsere Kollegen unter der herrschenden Krise zu leiden hatten, geht daraus hervor, daß nach einer in dieser Hinsicht aufgenommenen Statistik 57 Kollegen 2594 Tage, der einzelne also im Durchschnitt 45,5 Tage arbeitslos waren. Weiter machte sich die schlechte Konjunktur fühlbar durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wie Lohnkürzungen, Einführung von Akkord und dergl. Auch der starke Zugang auswärtiger Kollegen machte sich unangenehm fühlbar, da diese von dem Unternehmernachweis den ansässigen Kollegen gegenüber bevorzugt werden. Leider wird darin viel gesündigt, daß der Wert der Erfindung nach den örtlichen Verhältnissen im Verbandsbureau oder im Verkehrslokal von den reisenden Kollegen zu sehr verkannt wird. Das Organisationsverhältnis hat sich etwas verschlechtert. 48 Kollegen sind unorganisiert, 150 im Holzarbeiterverband und 14 in anderen Verbänden. In Versammlungen haben neun Sektions- und 4 Versammlungen mit den Schiffstischlern, 13 Delegierten- und zirta 35 Werkstattversammlungen stattgefunden. In die Sektionsleitung wurde Kollege Bannwolf als Sektionsführer gewählt. Alle Zuschriften sind zu richten an: Hr. Bannwolf, Hamburg 10, Eimsbütteler Straße 52 B II. Das Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Seimann, Eimsbütteler Straße 12.

**(Hürstemaier.)** Die Bürstenmacher werden hierdurch dringend aufgefordert, bis auf weiteres Hamburg und Umgegend noch zu meiden. Alle Stellenangebote in den gegnerischen Fachzeitschriften bezwecken weiter nichts, als billige Ersatzkräfte für einige Unternehmer, vor allem für die Firma L. Wollbrecht, Rosenstr. 47, nach hier zu locken. Sollte es uns gelingen, mit Hilfe der Solidarität der ansässigen Kollegen diese letzten Hindernisse zu beseitigen, so dürfte hinnen kurzem unsere Lohnbewegung mit einem vollständigen Siege gekrönt sein. In aller Interesse liegt es also, bis zum endgültigen Siege jeden Zugang nach Hamburg fernzuhalten.

**Seilbronn. (Mabierarbeiter.)** Am 18. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Der Sektionsleiter gab einen Rückblick über das vergangene Jahr. Es sind 4 Betriebe am Orte, in denen zusammen 157 Arbeiter beschäftigt sind. Davon sind 58 organisiert. Im vorigen Jahre waren es 70 organisierte Mabierarbeiter. Die Arbeitszeit beträgt in allen 4 Betrieben 9 1/2 Stunden, nur wird zu verschiedenen Zeiten begonnen und beendet. Es wird hier meistens im Akkord gearbeitet und steht der Verdienst dem der übrigen Mabierarbeiter Deutschlands gegenüber weit zurück. Die Ueberstunden werden nur in einem Betrieb prozentual vergütet. Kollegen, wir haben also einen Rückschritt zu verzeichnen, da wir doch in der Zeit der Krise allen Schikanen der Unternehmer ausgesetzt sind. Werft eure Interessenlosigkeit beiseite, besucht die Sektionsversammlungen besser denn jeher, denn nur da ist der Ort, wo der gedeihliche Ausbau der Sektion mit Erfolg behandelt werden kann. Kollegen, Ihr seht, daß die Indifferenzen schwerlich für den Verband zu bekommen sind, weil es ihnen am nötigen Interesse an der Sache fehlt, darum müssen wir fester zusammenhalten. Also Kollegen, mit neuem Mut ans Werk, agitiert kräftig für den Verband, dann können auch wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen.

**Mülheim a. Ruhr.** Nachdem nunmehr in der letzten Mitgliederversammlung die Neuwahl der Lokalverwaltung stattgefunden hat, dürfte es an der Zeit sein, daß nunmehr die Kollegen sich ihrer Pflicht bewußt werden und die Versammlungen wieder regelmäßig besuchen. Notwendig ist es, daß auch hier wieder ein gesundes und freudiges Hand-in-hand-arbeiten der Kollegen mit der Lokalverwaltung stattfindet, um auch an die Verbesserung unserer Lebenslage denken zu können. Daß wir damit nicht zögern dürfen, beweisen ja die abermals abgebrochenen Verhandlungen in Essen und die Mitteilungen der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeber-Zeitung“, wonach in nächster Zeit eine Versammlung sämtlicher in Betracht kommender Arbeitgeberverbände des Holzgewerbes stattfinden soll. Darum auf zur Agitation. Einweg mit der persönlichen Gleichgültigkeit. Ein jeder agitiere und organisiere dort, wo es nur immer möglich ist.

**Neustadt (Orla).** Neuerst verbesserungsbedürftig sind die Zustände in der Möbelfabrik von S. Gohl. Die Löhne stehen weit hinter denen der anderen Möbelfabriken zurück. Ein guter Arbeiter verdient bei anstrengender Akkordarbeit ganze 17 Mk. Diese schon niedrige Summe wird noch beträchtlich verkleinert durch die verschiedensten Schikanen, welche Herr Gohl, sowie dessen Werkführer, den Arbeitern angedeihen läßt. Von auswärts kommende Tischler müssen oftmals mit einem Lohn von weniger als 10 Mk. nach Hause gehen. Um aber diese traurige Entlohnung zu bemänteln, erhalten dieselben größere Abschlagssummen, so daß es vorkommt, daß für die Arbeiter der letzten Wochen kein Lohn mehr zu leisten ist. Anstatt, daß sich die Kollegen daseibst auftragen und gegen dieses System ankämpfen, arbeiten welche oft einige Stunden über die ortsübliche Arbeitszeit hinaus, um dann doch mit dem genannten Lohn nach Hause zu gehen. Den Kollegen sei an dieser Stelle zugerufen: „Sinein in den Verband und in die Versammlungen! Denn nur dadurch könnt Ihr eure Lage verbessern!“ Da Herr Gohl auch schon in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Tischler gesucht hat, möchten wir die nach hier reisenden Kollegen warnen, damit sie Geld und Enttäuschung nicht sparen.

**Münster. (Kammacher.)** Ende Januar hatten wir hier einen kurzen Streik. Herborgerufen war derselbe durch eine Notiz im hiesigen Parteiorgan, in welchem bekannt gegeben war, daß in einer Kammfabrik bei einzelnen Sorten Abzüge bis 10 Proz. gemacht worden seien. In Wirklichkeit betrug der Abzug bei Löhnen von 26—30 Mk.,



etwa 60 Pf. bis 1 Mk. Selbstverständlich müssen wir uns gegen jede Lohnreduktion wehren, es ist aber nicht immer möglich, die Zahlen in der Zeitung zu veröffentlichen, da derartige Veröffentlichungen öfters für die übrigen Fabrikanten das Signal sind, das schlechte Beispiel nachzuahmen. Ähnliche Erfahrungen haben wir schon früher gemacht. Es dürfte sich daher empfehlen, bei entsprechenden Publikationen die nötige Vorsicht walten zu lassen.

**Nabenaun.** Am 23. Januar fand die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Kollege Wustlich gab den Jahres- und Kassenbericht. Er hob hervor, daß seit Bestehen unserer Organisation am Orte das verfloßene Jahr das bewegteste für unsere Mitglieder war. Bereits am 2. Januar brachen bei der Firma Büßer Differenzen aus, weil die Kollegen sich weigerten, eine ungünstigere Einteilung der Arbeitszeit anzuerkennen, wurden sie noch am selben Tage auf die Straße geworfen. Da die sofort angebahnten Verhandlungen zugunsten der Kollegen ausfielen, nahmen dieselben am anderen Tage die Arbeit wieder auf. Bereits am 4. Februar kündigte dieselbe Firma einen 10-20prozentigen Abzug an, der aber zurückgewiesen wurde. Am 20. Februar wurden in der Sächsischen Holzindustrie Lohnabzüge angekündigt, da jedoch die Arbeiter sich energisch wehrten, so blieb es diesmal bei der Ankündigung. Am 2. April wurden plötzlich 491 Kollegen ausgesperrt, weil in einigen Betrieben die Kollegen sich mit der Neueinteilung der 57stündigen Arbeitszeit nicht einverstanden erklärten. Diese Aussperrung währte neun Tage; sie wurde beendet, nachdem eine weitere Stunde Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnerhöhung für Stundenlohnarbeiter ab 1. April dieses Jahres zugestanden war. Anfang Juni plant er die gesamten Arbeitgeber Lohnabzüge, und zwar, um die Sache schmachhafter zu machen, nur für Lagerarbeit. Als erste trat wiederum die Firma Sächsische Holzindustrie auf den Plan und kündigte einen allgemeinen Lohnabzug an. Derselbe wurde auf den Protest der Arbeiter zum Teil zurückgezogen und nur für Stuhlauer und Polierer auf Handfabrikat aufrechterhalten. Da sich die übrigen Kollegen mit den Betroffenen solidarisch erklärten, wurde nach vierstündigem Streik der Abzug vollständig zurückgewiesen. Durch das schnelle Handeln der Kollegen bei der Sächsischen Holzindustrie zogen auch die übrigen Arbeitgeber ihre schon angekündigten Lohnreduktionen ebenfalls zurück. Außerdem kamen noch Maßregelungen und Entlassung einiger Kollegen bei Wolf u. Co. vor, welche zurzeit noch nicht erledigt sind. Alles dies hatte auch auf unsere Mitgliederbewegung einen großen Einfluß. Hatten wir am Jahres-schluß 1907 einen Mitgliederbestand von 633 männlichen und 17 weiblichen, so beträgt derselbe am Schluß des Jahres 1908 728 männliche und 36 weibliche Mitglieder, mithin eine Zunahme von 114 Mitgliedern. Wie in vielen anderen Orten macht sich auch bei uns die gegenwärtige Krise sehr fühlbar bemerklich. In fast allen Betrieben ist voriges Jahr 4 bis 20 Wochen lang täglich nur 6½ bis 7 Stunden gearbeitet worden, außer den zahlreichen Arbeitslosen, welche wir zu unterstützen hatten. In Arbeitslosenunterstützung sind im vergangenen Jahre für 107 Kollegen 1510,64 Mk. von der Hauptkasse und 708,51 Mk. von der Lokalkasse verausgabt worden. Nach Erledigung der Berichte fand die Neuwahl der Lokalkasseverwaltung und der Zentralkommission der Stuhlauer statt. Erwähnt sei noch, daß auf Antrag der Verwaltung beschlossen wurde, das Lokalgeld auf 50 Pf. zu erhöhen.

**Siegen.** Im frommen Siegeland herrschen noch schlimme Zustände innerhalb unseres Berufes. An zweckentsprechenden Schutzvorrichtungen fehlt es in den meisten Betrieben, so daß des öfteren Verletzungen zu verzeichnen sind. Schon beim Betreten der Werkstätte kann man Holz und Nadeln brechen, weil oft kein Lichtstrahl in die Winkel hineindringt; unsere Kollegen müssen dem noch 11 Stunden in solchen Läden arbeiten. Dann gibt es 13 Stellen, wo die Maschinen und Hobelbänke wie Sägen und Säben durcheinander stehen, hier wäre ein dankbares Feld für den Gewerkschaftler. Daß bei solcher Einrichtung die Kollegen in förmliche Staubwolken bei der Arbeit eingehüllt werden, wird jeder verstehen. Wo bleibt aber die Gesundheit der betreffenden Arbeiter. Bei der Firma Göbel müssen 7 Gesellen mit einem Saß Werkzeug arbeiten, dabei erhält man die Mahnung: Machen Sie mir aber die Arbeit sauber! Da muß man sich in Verzweiflung fragen: womit? Leider stehen die Kollegen den Bestrebungen der Organisation interesselos gegenüber; anstatt daran zu denken, hier Abhilfe zu schaffen, ziehen sie zu Alibimvereinen und scheuen bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Kurra. Sie lassen sich in patriotischen Vereinen als Staffage gebrauchen und kommen auf diese Weise gar nicht dazu, an ihre eigene traurige Lage zu denken. Bei der Reichstagswahl, als die Nationalliberalen um die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter buhlten, da zeigte sich die Unternehmerrückständigkeit im hellsten Lichte, da wurden Versprechungen gemacht. Als aber der Tag der Wahl vorüber war, bot man den Kollegen einen Lohn von 25 und 30 Pf., den besten Arbeitern sogar 36 Pf. Dieses Angebot kommt aber noch aus dem bestgerichtetsten „Musterbetrieb“ aus Weidenau. Die Kleineren Meister können den Gesellen so schöne Klagelieder vorsingen von den hohen Gesellenlöhnen, und zwar in allen Tonarten und verstehen es meisterlich, sich als arme geklagte Handwerksmeister hinzustellen, so daß man als noch ärmerer Geselle ein menschliches Mitleid für die Armen empfindet. Der Obermeister Berg in Weidenau bringt es auch fertig, die Kollegen wegen ihrer politischen Gesinnung einfach auf die Straße zu setzen. Damit aber nicht genug; wenn es solchen Kollegen gelingt, in anderen Werkstätten unterzukommen, dann schmüßelt der Obermeister dieses aus und verlangt, daß dieselben auch dort wieder entlassen werden. Dabei steht doch nichts in den Statuten der Innung, daß man unter allen Umständen christlich-sozial sein muß, um bei den Siegener Innungsmeistern arbeiten zu dürfen. Uns ist vor allen Dingen nicht begreiflich, wie die Herren solche Handlungsweise mit ihrem Christentum in Einklang bringen können. In der Firma Miß in Siegen haben wir allerdings auch einen ausgezeichneten Agitator für den Verband. Dort wurde unter anderem einem Kollegen ein Abzug von 10 Mk. auf ein einzelnes Stück gemacht mit der Motivierung: „Ihr seid ja doch nicht organisiert, was wollt Ihr denn machen!“ Hoffentlich sehen die Kollegen

immer mehr ein, daß sie durch unsere Arbeitgeber trotz fleißiger Arbeit noch verhöhnt werden. Es muß doch hier bald dem letzten Kollegen klar werden, daß es ohne gewerkschaftliche Organisation nicht geht. Wir könnten ja noch eine ganze Reihe Wertstellen unter die Lupe nehmen, wollen es aber heute genug sein lassen. Es ist nun an den Kollegen selbst, den richtigen Schluß zu ziehen. Mit einem Schlage werden die Verbesserungen ja nicht kommen, aber feste, andauernde Arbeit wird uns auch hier zum Ziele führen, denn: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!“

**Stuttgart.** (Maschinenarbeiter.) Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende unserer Sektion, Kollege Mittel, in der jährlichen Generalversammlung gab, war zu entnehmen, daß 12 Versammlungen abgehalten wurden, wovon 4 mit Vorträgen. Der Versammlungsbuch war im verfloßenen Jahr kein besonders guter, trotzdem die Verwaltung nach jeder Richtung hin sich alle Mühe gegeben hatte, die Versammlungen so reichhaltig als möglich zu gestalten. Den Kollegen möchten wir auch an dieser Stelle ans Herz legen, sich zahlreicher in den Sektionsversammlungen einzufinden. Der Kassenbericht unserer Unfallunterstützungskasse ergab, daß der Einnahme von 446,33 Mk. eine Ausgabe von 350,78 Mk. gegenübersteht. Das Kassenvermögen beträgt 728,98 Mk. Die Mitgliederzahl der Unterstützungs-kasse ist im Berichtsjahr etwas zurückgegangen, was hauptsächlich auf die schlechte Geschäftskonjunktur zurückzuführen ist. Bei den Neuwahlen wurde die Sektionsverwaltung einstimmig wiedergewählt mit Ausnahme eines Kollegen, welcher ablehnte. Ende vorigen Jahres wurde der Beschluß gefaßt, eine Statistik sämtlicher Maschinenarbeiter von ganz Deutschland aufzunehmen betreffs Organisation, Lohn und sanitäre Verhältnisse. Der Verbandsvorstand wurde ersucht, die Fragebogen drucken zu lassen und an sämtliche Zahlstellen zu versenden. Auf dieses Ersuchen ist uns vom Hauptvorstand eine Antwort zugegangen, mit welcher die Stuttgarter Sektion nicht einverstanden ist. Der Hauptvorstand ist der Meinung, daß die Arbeit, die eine solche Statistik verursacht, weit unterschätzt würde, auch werde sie von den Kollegen nicht genug bewertet und in sehr wenigen Fällen würde die aufgewendete Zeit und Mühe auch tatsächlich anerkannt. Weiter weist man uns auf die Statistik vom Jahre 1906 hin, welche in den nächsten Wochen zur Ausgabe gelangen soll. Wir sind aber der Ansicht, daß eine Statistik vom Jahre 1906 für uns Maschinenarbeiter keinen großen Wert mehr hat, da die Verhältnisse in dieser Zeit sich doch ziemlich verändert haben. Der Hauptvorstand sei zur Ablehnung unseres Besuches gekommen und würde von diesem Standpunkt auch nicht abgebracht werden können, wenn auch noch weitere Sektionen der Maschinenarbeiter mit dem gleichen Wunsch an ihn herantreten würden. Bis jetzt sei dieses noch von keiner Zahlstelle aus geschehen. Demzufolge möchten wir sämtliche Sektionen ersuchen, in Wälde ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

**Urad.** Nicht traurige Erfahrungen mußten wir in letzter Zeit am hiesigen Orte machen. Die Fabrikanten versuchen alles mögliche, um die ohnedies schon sehr bescheidenen Löhne noch mehr zu reduzieren. Bei der Firma Rudi wird schon seit 1½ Jahren mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet bei den Drehslern. Allerdings sind die traurigen Zustände den dort Beschäftigten selbst zuzuschreiben, indem sie sich noch gegenseitig beim Fabrikanten anzuschwärzen suchen. Holzarbeiter Urad! Die traurigen Verhältnisse, die hier existieren, sollten Grund genug sein, daß Ihr Euch endlich aufrafft und organisiert. Wir hätten alle Ursache, uns einmal in eine bessere Lage versetzt zu sehen. Hauptsächlich rufen wir den organisierten Kollegen zu, mehr als wie jeher für unsere Sache zu arbeiten. Besonders bejuchet die Mitgliederversammlungen, denn um durch gegenseitigen Meinungsaustausch kann etwas gutes erreicht werden. Agitiert für unsere benachteiligte Versammlung und sorgt dafür, daß endlich auch einmal unsere Zahlstelle wieder etwas Erfreuliches von sich hören lassen kann. Die organisierten Stellmacher möchten wir auf die Firma Rudi aufmerksam machen. Dort werden seit einem halben Jahre Schlitten fabriziert (Dabover). Das Duzend solcher Schlitten wird mit 2 bis 3,50 Mk. entlohnt und kann sich jeder Kollege ein Bild davon machen, was hierbei verdient werden kann, und nebenbei haben wir auch noch die elfstündige Arbeitszeit am Platze.

**Unsere Lohnbewegung.**

**In Frankenthal** haben bei der Firma Fuhrmann u. Haus, Schulbankfabrik, sämtliche Arbeiter ihre Kündigung eingereicht. Die Firma wollte den Schreiner- und Anschlägern einen Tarif aufzwingen, welcher bedeutende Reduzierungen der bestehenden Akkordsätze enthielt. Der Arbeiterausschuß hatte verschiedene Unterhandlungen mit der Firma und versuchte nach Möglichkeit, die Differenzen friedlich beizulegen, was aber an der Starrköpfigkeit der Firmeninhaber scheiterte. Sie erklärten zum Schluß: „Wer zu dem neuen Tarif nicht arbeiten will, kann aufhören.“ Hierzu wurde dann Stellung genommen, wobei sich alle anderen Arbeiter mit den Schreiner- und Anschlägern solidarisch erklärten. Darauf haben alle 85 Mann ihre Kündigungen gemeinsam eingereicht. In Betracht kommen Schreiner, Anschläger, Maschinenarbeiter, Schlosser, Anstreicher und Hilfsarbeiter. Wir ersuchen alle Zahlstellen, unsere Kollegen in dem ihnen aufgezungenen Kampfe zu unterstützen und den Bezug von Arbeitern genannter Kategorien fernzuhalten.

**In Hamburg** hat der Streik der Korbmacher eine weitere Ausdehnung erfahren; die Kollegen bei der Firma Schütte u. Gruppen haben die Arbeit ebenfalls eingestellt. In letzterem Betriebe kamen 6 Kollegen in Betracht, die für Seemann Streitarbeit anfertigen mußten. Die Betriebe sind rein von Arbeitswilligen. Leider müssen wir konstatieren, daß einige Kollegen aus der Demijohnbranche es übernommen haben, Seemann aus der Verlegenheit zu helfen. Es sitzen in Altona mit den Kleinstmeistern zirka 21 Mann, die die letzte grüne Arbeit anfertigen. Teilweise sind diese Elemente durch den Alkohol soweit heruntergekommen, daß sie ein ausländischer Arbeitgeber in fernem Betriebe überhaupt nicht mehr aufnimmt.

Einer ist Laternenanzünder in Altona, der im vorigen Jahre beim Demijohnarbeiterstreik noch mit in der Streitleitung saß. — Scham scheint ein unbekannter Begriff für ihn zu sein. — Bevor der Streik bei Seemann ausbrach, mußten einige Kollegen ins Kontor, wo auf Anfrage Herr Seemann erklärte, daß er seine alte Lieferung Drillinge fertig habe. Wir wußten, daß es nicht wahr sei, konnten aber damals keine Beweise bringen; heute sind wir dazu imstande. In der vorigen Woche sind für zirka 1000 Körbe fertige Böden von auswärts gekommen, die Ringe dazu hatte er Anfang Dezember mit der Bahn fortgeschickt. Außerdem haben die Leisten dazu schon seit längerer Zeit auf einer bestimmten Stelle hier am Platze gelagert. Herr Seemann ist Kaufmann; ob sich das nun mit der Ehre eines Kaufmanns verträgt, in dieser Weise mit der Wahrheit umzugehen, bezweifeln wir. Herr Seemann macht jetzt starke Anstrengungen, seine Drillinge auswärts fertigzustellen. Die Kollegen in Nürnberg möchten wir speziell bitten, aufzupassen, daß sie Herrn Seemann in die Suppe spucken. Der Kampf wird voraussichtlich hart werden; er dreht sich nicht nur um die Drillinge, sondern den Arbeitgeber liegt schon lange die Ergründerchaft der letzten Jahre im Magen.

**In Magdeburg** sind bei der Firma Carl Friedrich Schmidt Differenzen ausgebrochen. Bezug von Korbmachern ist fernzuhalten.

**Ausland.**

**In Wien** sind Zeitungsmeldungen zufolge 8000 Tischler ausgesperrt. Bezug ist streng fernzuhalten.

**In Zürich** sind bei der Firma Nischbacher, Möbelfabrik, am 18. Januar wegen fortgesetzter Maßregelungen 90 Mann in den Streik eingetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Konflikt zu einer allgemeinen Aussperrung führen kann. Daher ist es geboten, den Bezug von dieser Werkstätte streng fernzuhalten.

**In der Schweiz** stehen die Parkettleger in einer Lohnbewegung. Die Parkettfabrikanten beabsichtigen den Arbeitern einen Tarif aufzuzwingen, welcher im Durchschnitt um 30 Proz. unter den alten Ansätzen angelegt ist. Es wird um strenge Fernhaltung von Parkettlegern für die ganze Schweiz ersucht. Auch für ausländische Firmen ist die Sperre verhängt.

**Aus der Holzindustrie.**

**Und Mahardt sprach.**

Die Durchführung der vertraglich festgelegten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 51 Stunden, die am 14. Februar in Kraft zu treten hat, war der wichtigste Beratungsgegenstand einer großen Versammlung der Berliner Tischlermeister, die am 2. Februar stattfand. Selbstverständlich sind die Tischlermeister und Holzindustriellen streng vertragstreuen. Wer etwa auf Grund der Unmenge von Einzelerfahrungen, die man auch in Berlin zu sammeln Gelegenheit hat, daran zweifeln wollte, der mußte sich in dieser Versammlung eines besseren belehren lassen. Alle Redner, die zum Wort kamen, betonen, entschieden auf dem Boden des Vertrages zu stehen. Die Herren sind von dem ernstesten Willen befeuert, dem Vertrag volle Geltung zu verschaffen, aber — die Vertragsdurchführung muß für die Unternehmer recht schmerzlos erfolgen.

Die Herren haben es sich anscheinend sehr gründlich überlegt, wie es möglich ist, dem Wortlaut des Vertrages Rechnung zu tragen und dabei doch die Arbeiter um die ihnen vertraglich zugesicherten Vergünstigungen zu prellen. Der Inhalt ihres Vortrages ist der Vorschlag, die seit herige wöchentliche Arbeitszeit beizubehalten und der vertraglichen Verpflichtung in der Weise gerecht zu werden, daß obligatorisch eine tägliche Vesperpause von 10 Minuten eingeführt wird. Dafür soll aber der wöchentliche Lohn um den Betrag eines Stundenlohnes gekürzt werden. Zur Begründung dieses eigenartigen Planes, versprochenen Verbesserungen durchzuführen, berufen sich die Herren darauf, daß die meisten Arbeiter ohnehin während der Arbeitszeit ihren Kaffee trinken. Wenn jetzt zu dem Zweck offiziell eine Pause von 10 Minuten eingeführt wird, dann sei dem Vertrag Genüge geschehen, der die Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden vorschreibe. Da nun die Arbeitszeit nur 51 Stunden betrage, darf natürlich nur Lohn für 51 Stunden gezahlt werden.

Ganz ist den Herren das Gefühl dafür, daß diese Auslegungskünste eine kleine Mogelei bedeuten, nicht entschwinden. Das brachte Herr Mitsch in recht netter Weise zum Ausdruck. Er führte aus, daß es ihnen recht schwer gefallen sei, diesen Vorschlag zu machen, denn er bedeute in Wirklichkeit keine Verkürzung der Arbeitszeit — für die Unternehmer, die das Bedürfnis zur Erholung ebenso hätten wie die Arbeiter. Aber im Interesse der Sache sind die Berliner Tischlermeister zu jedem Opfer bereit, deshalb wollen sie den Verzicht auf die Arbeitszeitverkürzung in den Kauf nehmen und die Geschäftsunlust für die fragliche Stunde weitertragen. Herr Mitsch sieht aber auch voraus, daß sich die Arbeiter mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären werden, weil für sie keine Arbeitszeitverkürzung herauskommt. Dem müssen die Unternehmer entgegenhalten, daß die Einführung einer Pause notwendig sei, weil die Arbeiter bei der 52stündigen Arbeitszeit das Vespern nicht unterlassen hätten.

Herr Mahardt wies darauf hin, daß die Festlegung über den Beginn und den Schluß der Arbeitszeit vertraglich der freien Vereinbarung überlassen sei, es sei aber notwendig, in diesem Fall geschlossen vorzugehen, damit der Vorstand der Organisation nicht wieder in eine solche Verlegenheit gesetzt würde wie bei den Verhandlungen vor



1/2 Jahren, wo die Arbeiter in der Lage waren, vor dem Gewerbegericht eine große Liste von Unternehmern vorzulegen, die hinter dem Rücken der Schutzverbandsleitung eine Arbeitszeitverkürzung bewilligt hatten. Wiederholt beteuerte Herr Nahardt seine Vertragstreue, und er gab sich große Mühe, den Beweis zu führen, daß die vorgeschlagene Methode der Vertragsauslegung mit dem Wortlaut des Vertrages nicht in Widerspruch stehe. Der Vertrag schreibe nicht die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde, sondern die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit vor; deshalb darf in den Betrieben, in welchen die Arbeitszeit schon jetzt weniger als 52 Stunden betrage, die Vesperpause nicht eingeführt werden. Den Unternehmern, die den Auslegungskünsten der Scharfmacher nicht folgen, wird der Ausschluß aus der Organisation angedroht. Sollten in den Betrieben mit kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter die Einführung der Vesperpause verlangen, dann dürfe dem nur stattgegeben werden unter gleichzeitiger Ausdehnung der effektiven Arbeitszeit auf 51 Stunden.

Besondere Mühe gab sich Herr Nahardt, seinen Zuhörern plausibel zu machen, daß der Lohn gekürzt werden müsse. Wer Wochenlohn zahle, müsse freilich den Lohn in der feierlichen Weise weiter zahlen. Aber wer diese Lohnberechnungsweise habe, ist ein „geborener Esel“. Das Kontrollbuch ist unter schweren Kämpfen eingeführt worden, wer es nicht von jedem Arbeiter unterschreiben läßt, „ist Prügel wert“. Viele Meister glauben auf ihre langjährigen Arbeiter Rücksicht nehmen zu müssen und meinen, es nicht über das Herz bringen zu können, auch diesen den Lohnabzug zuzumuten. Nehmen aber die Arbeiter Rücksicht, wenn sie in der besten Zeit die Arbeit hinwerfen und vor der Tür des Meisters Streikposten stehen? „Wer noch von Humanitätsduselei besessen ist, dem gehören Prügel.“ Wenn solche humanitätsduselige Meister beim Eintritt der besseren Konjunktur mit Beschwerden zu ihm aufs Bureau kommen, dann würde er sie „beim Kragen nehmen und rauschmeißen“. Die Unternehmer haben ein lebhaftes Interesse daran, die Stunde, um welche die Arbeitszeit verkürzt werden muß, so zu legen, daß die Meister den wenigsten Schaden davon haben. Deshalb empfiehlt er, zu beschließen, die vorgeschlagene Regelung der Frage in den Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband durchzuführen. Nachdem der Leiter der Versammlung, Herr Plathen, noch einmal deutlich erklärt hatte, wie der Lohnabzug zu handhaben sei, wurde der Vorschlag der vereinigten Vorstände gegen eine Stimme, bei zahlreichen Stimmenthaltungen angenommen. — Es bräuhet nicht besonders betont zu werden, daß unseren Berliner Kollegen das rechte Verständnis für die Auslegungskünste der Unternehmer abgeht, wir zweifeln aber auch nicht daran, daß die Unternehmer bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Gegenstand nach einem Pflock zurücksteden werden.

Während wir in dieser Frage im schärfsten Gegensatz zu den Unternehmern stehen und den Scharfmachereien des Herrn Nahardt mit aller Entschiedenheit entgegen treten, nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß wir mit seinem späteren Referat, welches sich mit dem Verhältnis der Tischlermeister zu den Möbelhändlern beschäftigte, in weitgehendem Maße übereinstimmen. Seine Warnung vor einigen Schwindelfirmen, deren Praktiken er unter Namensnennung schilderte, sollten sich die Meister zu Herzen nehmen. Nicht uninteressant ist es, daß Herr Nahardt sogar einen Boykott des „Lokalanzeiger“ durch die Tischlermeister an die Wand malte. Ein Möbelhändler hat nämlich aus Rache dafür, daß er zu der geplanten Ausstellung der Berliner Holzindustrie nicht zugelassen wurde, dem „Lokalanzeiger“ mit dem Entzug seiner Inseratenaufträge gedroht, für den Fall, daß er weiter Reklamenotizen für die Ausstellung bringe, und das edle Blatt ignoriert seither die Ausstellung, um nicht den fetten Inseratenauftrag zu verlieren! Sollten die Tischlermeister zu einem Boykott des „Lokalanzeiger“ kommen, so können sie in diesem Kampfe der Unterstützung durch die Arbeiter versichert sein.

Wenn Herr Nahardt seine Kollegen vor Preisunterbietungen warnt, wenn er sie ermahnt, selbstbewußt und aufrecht den Händlern gegenüberzutreten und zu verlangen, als gleichberechtigte Faktoren und nicht als Kadavren behandelt zu werden, dann soll er nicht vergessen, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber sich in einer ähnlichen Lage befinden. Wir pflichten in diesen Dingen Herrn Nahardt durchaus bei, möchten ihm aber empfehlen, sich in Scharfmachen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern zu mäßigen. Wenn die Tischlermeister ihre Arbeiter so behandeln, wie sie selbst von den Möbelhändlern behandelt sein wollen, dann wird das zur Herbeiführung friedlicher Verhältnisse in der Holzindustrie wesentlich beitragen.

**Erklärung.** In der Versammlung der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen am 2. Februar hat es Herr Obermeister Nahardt für angebracht gefunden, den Unterzeichneten, der in der Versammlung als Berichterstatter anwesend war, in unmaßiger Weise auf das Anblickliche zu beleidigen.

Ohne ersichtlichen Anlaß erklärte er in seiner Rede, er richte an den anwesenden Vertreter der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Wunsch, richtig zu berichten, „so schwer es ihm auch fällt, bei der Wahrheit zu bleiben und objektiv zu berichten“.

In diesen Worten liegt der schwerwiegende Vorwurf gegen den Vertreter der „Holzarbeiter-Zeitung“, daß er

seinem Blatte gefälschte Berichte von Veranstaltungen des Arbeiterschutzbundes geliefert habe. So ist die Wendung des Herrn Nahardt von der ganzen Versammlung verstanden worden, was zum Ueberflus auch die Bemerkung beweist, welche der Versammlungsleiter, Herr Plathen, an sie knüpfte.

Herr Nahardt kann bei seiner Unterstellung nur die Besprechung im Auge gehabt haben, welche die „Holzarbeiter-Zeitung“ von der im August vorigen Jahres abgehaltenen Generalversammlung des Arbeiterschutzbundes und von dem sich an diesen anschließenden deutschen Tischlerinnungstage gebracht hat. An diese Besprechung knüpfte sich eine Polemik zwischen der „Holzarbeiter-Zeitung“ und der „Fachzeitung der Tischlermeister“, da dem Organ der Holzindustriellen die Glossen und Schlussfolgerungen der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht gefielen. Daß in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Tatsachen unrichtig wiedergegeben wären, hat die „Fachzeitung“ nicht behauptet, obwohl sie wiederholt von der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu einer solchen Erklärung provoziert wurde. Die „Fachzeitung“ konnte eine solche Behauptung nicht aufstellen, weil alle von der „Holzarbeiter-Zeitung“ gebrachten Tatsachen richtig wiedergegeben waren.

Herr Nahardt hat es sich trotz dieses Sachverhalts nicht versagen können, den Vertreter der „Holzarbeiter-Zeitung“ in boshafter Weise anzurempeln. Daß er dazu eine Gelegenheit benutzte, wo es seinem Gegner nicht möglich war, ihm sofort in gebührender Weise zu erwidern, läßt auf einen bemerkenswerten Mangel an Tatkraft schließen, um deswillen ich aber mit Herrn Nahardt nicht rechten will, da schließlich niemand aus seiner Haut heraus kann.

Dagegen muß ich gegen die Unterstellung, zu deren Sprachrohr sich Herr Obermeister Nahardt gemacht hat, entschieden Protest einlegen.

Herr Nahardt liebt es starke Worte zu gebrauchen, ich kann es daher ihm überlassen, die richtige Bezeichnung zu finden für einen Menschen, der, um einen anderen in der öffentlichen Meinung herabzumwürden, erweislich unwahre Behauptungen über ihn öffentlich behauptet.

M. Nahser,

Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“.

**Vom Arbeiterschutzbund in Bayern.** Eine köstliche Naivität bezieht die Ortsgruppe Würzburg des Arbeiterschutzbundes für das Holzgewerbe, als ihr Vorstand am 1. Februar d. J. den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag kündigte. Mit dem Kündigungs schreiben an unsere Lokalverwaltung überbandte der Schutzverband nämlich gleichzeitig einen neuen „Tarifentwurf“ und schrieb dazu wörtlich:

„Sollten wir bis zum 8. Februar d. J. ohne Mißäußerung Ihrerseits sein, so erachten wir Ihr Stillschweigen als Anerkennung beifolgender Vertrags.“

Vorsorglich war denn auch der überbandte neue Vertrag schon säuberlich mit Stempel und Unterschrift des Schutzverbandes versehen, gerade als ob die Herren im Ernst gehofft haben, die Holzarbeiter in Würzburg würden in solcher Weise „stillschweigend“ mit sich umspringen lassen. Mittlerweile sollte es doch den Arbeitgebern allerorts, namentlich denen dem Schutzverband, klar geworden sein, daß Tarifverträge mit den Holzarbeitern nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung und Vereinbarung zustande kommen können.

Der Südbayerische Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe (Bezirksverband des Arbeiterschutzbundes) hatte bereits mit dem am 1. Februar d. J. abgeschlossenen Tarifvertrag in Würzburg geübt, wie wir in Nr. 4 berichtet haben, dabei an unsere Lokalverwaltung geschrieben, daß er vertragsmäßig das Einigungsamt zwar angerufen habe, den Entscheidungen desselben sich jedoch nicht unterwerfen würde. In Ergänzung unserer früheren Veröffentlichung fügen wir heute noch die Antwort bei, welche der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Forzheim dem Arbeitgeberverband erteilt hat:

An den Südbayerischen Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Geschäftsstelle Mannheim.

Auf Ihr Schreiben vom 31. Dezember v. J. erwidere ich Ihnen, daß ich keinen Anlaß habe, Ihrem Antrage auf Einberufung des Einigungsamtes stattzugeben, nachdem Sie im voraus bemerkt haben, daß weder Ihr Verband, noch Ihre Mitglieder in Forzheim sich dem Schiedspruch des Einigungsamtes unterwerfen werden.

gez. Streng.

Ob die Forzheimer Meister diese Brückierung des Einigungsamtes nicht noch einmal bereuen werden?

Im Wörtchen ist noch zu berichten, daß inzwischen unseren Lokalverwaltungen in den beteiligten Städten ein gleichlautender „Normaltarifvertrag“ von dem Südbayerischen Arbeitgeberverband zugesandt worden ist, auf welchen unsere Kollegen ihre Antwort bis zum 9. Februar einbringen sollen.

## Gewerkschaftliches.

### Der Bergarbeiterkongress.

Der Beruf des Bergarbeiters ist einer der gefährlichsten. Wenn der Bergmann tief im Schoß der Erde seinem Gewerbe nachgeht, umlayern ihn tausend Gefahren. Der poetische Schimmer, in dem einst der Welt das Leben des Knappen erschien, ist längst verfliegen. Härtet als die Faust des Sklavenshockers lastet der Druck des Kapitals auf dem Grubenarbeiter. Fast durchgehends befinden sich die Bergwerke im Besitz kapitalkräftiger Gesellschaften, die aus ihrem Besitz glänzende Profite ziehen. Aber an den Schächeln, welche die Kapitalisten aus den Bergwerksunternehmungen ziehen, klebt nicht nur der Schweiß, sondern auch das Blut tausender Proletarier. In harter Ironie

ständig vom Tod in der verschiedensten Form bedroht, muß der Bergmann für seine Ausbeuter Reichthümer sammeln. Die Gier des Kapitalisten und die Brutalität des Bergbau in der brutalsten Gestalt. Die Bergherren begnügen sich nicht, die Arbeitskraft für geringen Lohn zu kaufen, sie wollen den Arbeiter ganz in ihre Gewalt zwingen, und sie haben ein niederträchtiges System erdacht, um den, der es wagt, gegen den Stachel zu löden, durch Hunger müde zu machen.

Widerwillig trägt der Bergarbeiter das ihm aufgezwungene Joch; es brodeln und gärt in den Arbeitermassen, und wenn von Zeit zu Zeit das volle Maß zum Ueberlaufen kommt, wenn die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter die Brocken hinwerfen, dann verfolgt alle Welt mit Spannung die Riesenkämpfe, welche das gesamte Wirtschaftsleben auf das tiefste erschüttern. Auch jetzt wiederum hat sich eine tiefgehende Bewegung der Bergarbeiter bemächtigt und wenn es noch nicht zu Explosionen gekommen ist, so ist das dem Wirken der Organisation und deren Führer zu danken, die sich bemühen, die Massen vor unbesonnenen Schritten zurückzuhalten.

Drei Forderungen sind es, welche die Bergarbeiter vornehmlich erheben. Sie verlangen ein Reichsberggesetz, um die Buntschichtigkeit der verschiedenen Landesgesetze zu beseitigen, vor allem aber um die Handhabung der Berggesetzgebung unter die Kontrolle des Reichstages zu bringen. Trotz dessen reaktionärer Zusammensetzung haben die Bergarbeiter mit Recht zu der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung immer noch ein größeres Vertrauen als zu dem preussischen Sechsstimmengesetz, wo der Reichsreiter der Bergleute bisher nur taube Ohren gefunden hat.

Die Bergarbeiter wollen Grubenkontrollen aus den Reihen der Arbeiter. Die Kontrolle durch die amtlichen Bergbehörden hat versagt. Zwischen den Grubenbeamten und den Aufsichtsorganen herrscht oft ein Verhältnis, welches einer gedeihlichen Kontrolle zum Zwecke des Schutzes der Arbeiter vor Gefahren wenig förderlich ist. Und wo es die Aufsichtsbeamten mit ihrer Pflicht genau nehmen, wird ihre Wirksamkeit durch skandalöse Schwindelmander unterbunden. Die Gruben werden für den Besuch der Aufsichtsorgane in geeigneter Weise präpariert, und die Fälle sind nicht selten, daß schwere Unglücksfälle an solchen Stellen vorkommen, die noch kurz zuvor von dem kontrollierenden Beamten anscheinend in bester Ordnung befunden worden waren. Die Bergarbeiter verlangen eine Unterstützung der amtlichen Revision durch Vertrauensmänner, die sie selbst gewählt haben. Nur Arbeiterkontrollen, die in ständigem Kontakt mit ihren Kameraden stehen, bieten eine Gewähr für eine wirksame Ueberwachung der Betriebe.

Als drittes fordern die Arbeiter ein Verbot der schwarzen Listen, mit welchen die Bergherren einen fürchterlichen Mißbrauch treiben. Tausende von Bergarbeitern werden ohne ihr Vorwissen, ohne die Möglichkeit, sich gegen die erhobene Vorlage zu verteidigen, auf die Proskriptionsliste gesetzt. Arbeitsuchend irren sie von Grube zu Grube, aber überall werden sie abgewiesen; sie sind vor den brutalen Kapitalisten zum Hungertode verurteilt. Die Bergherren behaupten, diese Maßnahmen seien notwendig, um den starken Wechsel und die vielen Kontraktbrüche der Arbeiter hintanzuhalten. Aber an den Zuständen, die sie beklagen, tragen sie selbst Schuld. Unter betrügerischen Besprechungen werden die Arbeiter aus dem Ofen in die westfälischen Bergwerksdistrikte verschleppt. Hier sehen sie, daß sie betrogen sind und sie verlassen den Arbeitsplatz so schnell als möglich. Durch ein raffiniertes Strafsystem, durch unsägliche Schikanen werden die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben, und wenn sie dann die Arbeit verlassen, werden sie auf die schwarze Liste gesetzt und versemmt. Das gleiche Los trifft aber oft genug auch solche Arbeiter, die ordnungsmäßig ihre Entlassung genommen haben, aber aus irgend einem Grunde das Mißfallen eines Vorgesetzten erregt hatten. Mit diesen drei Forderungen ist zwar die Liste der Beschwerden der Bergarbeiter nicht erschöpft, aber es sind die Wünsche, deren Erfüllung am allerdringendsten ist.

Obwohl der Nachhall der Erregung verschwunden war, der ganz Deutschland anlässlich der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche Raddob durchzittert hat, sind die Vertreter der Bergarbeiter zusammengetreten, um in Berlin, am Orte der Parlamente, für ihre Forderungen zu demonstrieren. Wer die Dinge aufmerksam prüft, muß zu dem Resultat kommen, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen unumgänglich notwendig ist. Wenn einer der sich in neuerer Zeit in beängstigender Weise vermehrenden Massenunglücksfälle hereinbricht, dann steht alle Welt erschüttert. Es werden Sammlungen veranstaltet für die Opfer der Hinterbliebenen und einige Tage lang sind die Zeitungen gefüllt mit Einzelheiten über das Unglück. Aber nach kurzer Zeit ist alles wieder vergessen.

Dabei entfällt nur ein kleiner Teil der Toten des Bergbaues auf die Opfer der Massenunglücksfälle. Im Jahre 1907 sind bei drei großen Katastrophen 253 getötete Bergleute gezählt worden; insgesamt sind aber im Jahre 1908 1743 Bergleute tödlich verunglückt, es entfallen also nicht weniger als 1490 Tote auf Einzelunfälle, die in der Öffentlichkeit wenig beachtet werden. Und die Zahl der Toten und Verletzten steigt von Jahr zu Jahr nicht nur absolut, sondern viel stärker als die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter. Die Regierung steht diesen Dingen teilnahmslos gegenüber. Der Einfluß des Bergkapitals reicht weit, und er hat sich bisher als stark genug erwiesen, jeden wirksamen Bergarbeiterschutz zu hintertreiben.



Auf dem Vergarbeiterkongress, der vom 1. bis 3. Februar tagte, hat sich die Regierung nicht vertreten lassen; es ist das die bekannte Mißachtung, welche die Regierung in Preußen-Deutschland den Tagungen der Arbeiter entgegenbringt. Dagegen wählten die Verhandlungen eine Meike von Abgeordneten verschiedener politischer Parteien bei, nur die Konserverativen und das Zentrum waren nicht vertreten. Daß das Zentrum bei dieser Gelegenheit darauf verzichtete, Arbeiterfreundlichkeit zu markieren, hat seinen Grund darin, daß der christliche Vergarbeiterverband seine Beteiligung am Kongress abgelehnt hatte. Zwar werden die genannten Forderungen von den Vergarbeitern aller Richtungen, auch von den Christlichen, erhoben, aber die christlichen Führer wollten ihrer auf die Zersplitterung der Arbeiter gerichteten Taktik auch in diesem Falle treu bleiben. Ihr Fernbleiben hat aber dem Eindruck des Kongresses nicht geschadet. Außer dem Deutschen Vergarbeiterverband waren auch die Hirsch-Duncker'schen und die polnische Vergarbeiterorganisation vertreten und die Angehörigen der verschiedenen Organisationsrichtungen haben einträchtig für die gleichen Forderungen plädiert.

Es waren keine schön geredeten Phrasen, die auf dem Kongress zu Gehör gebracht wurden. In schlichten, mitunter unbeholfenen Ausdrücken schilderten die Vergarbeiter die Mißstände, unter welchen sie zu leiden haben. Um so schwerer ist die Last der Anklagen, die sie gegen die herrschenden Zustände erhoben. Von autoritativer Seite ist einst der Wunsch geäußert worden, es mögen wirkliche Arbeiter ins Parlament geschickt werden. Hier war ein solches Arbeiterparlament beisammen. Von 40 Rednern, die sich an der Diskussion über die Mißstände in den Gruben beteiligten hatten, waren nur 3 Angestellte, alle anderen waren praktisch tätige Bergleute. Leider hat die Regierung die Gelegenheit verpaßt, deren Stimme mit eigenen Ohren zu hören. Wir hoffen, daß die auf dem Vergarbeiterkongress gehaltenen Reden trotzdem nicht im Winde verhallt sind.

Der Buchbinderverband hat im letzten Jahre 157 670 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt gegen 97 264 Mk. im Jahre 1907. Zu der Unterstützungssumme für das Jahr 1908 kommen noch die Summen hinzu, die in den einzelnen Orten gezahlt wurden, die nach der „Buchbinderzeitung“ etwa 20 000 Mk. betragen werden.

Der Handschuhmacherverband hat bei der am 30. Januar stattgefundenen Urabstimmung mit 1430 gegen 945 Stimmen seinen Anschluß an den Lederarbeiterverband beschlossen. Der letztgenannte Verband hat schon vor kurzem der Verschmelzung zugestimmt.

### Briefkasten.

G. Sch. in Pürth. Infolge Raummangels müssen wir die Veröffentlichung Deiner Polemik auf nächste Nummer versetzen. Den letzten Teil haben wir fortgelassen. Wenn die Sache erledigt ist, können wir in aller Kürze darauf zurückkommen.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im Januar. Ueberschüsse fanden ein:

Dresden-M.	400 Mk.
Erlangen, Neusäßnefeld	je 350
Esslingen, Lettin	je 300
Billingen	230,50
Witterfeld, Bonn, Krefeld, Edentoben, Wörlitz, Johannisberg, Lindenthal, Schleusingen, Steglitz, Wehringhausen, Zeitz	je 200
Schleiz	180
Wlerzhof, Wöhlitz-Chrenberg, Hannover, Ziferlohn, Kirchheim, Leipzig III, Lössau, Marburg, Klauen b. W., Rastatt, Salzmünster, Schenditz, Schweinau, Verden	je 150
Satzungen	120
Unterböbigen	106
Bergshofen, Bruck, Burgstädt, Döbeln, Dratz, Ebersbach, Eisleben, Eummerich, Fürstenwalde, Gildesheim, Gühr, Hofheim, Krossenhausen, Johann-Georgenstadt, Kirchheimbolanden, Liegnitz, Viemehna, Weissen, Werfburg, Mühlheim-Sorau, Naumburg, Dettingen, Osendorf, Ratingen, Schmölln, Schwarz, Schwerin, Schwerte, Stendal, Striegau, Tauberbischofsheim, Urach, Weinheim, Boffen	je 100
Böfen	99,71
Schweinfurt	95
Porz	91,73
Kempten, Zeulenroda	je 80
Bremerhaven	75
Gleiberg, Guxenhofen, Strehlen, Tiegendorf	je 70
Hpolda	65
Wintersdorf, Wolmirsdorf	je 60
Kahla, Lützenau, Mühlhausen, Prißwahl, Wehlheiden	je 50
Hainhausen	4 Mk.

Summe der Ueberschüsse . . . . . 11 276,94 Mk.  
 Beiträge von Einzelmitgliedern . . . . . 2 812,70 "  
 Eintrittsgeld . . . . . 27,10 "  
 Zinsen von Kapitalien . . . . . 856,13 "  
 Sonstige Einnahmen . . . . . 5 075,30 "

Gesamteinnahme 19 548,26 Mk.

Ausgabe im Januar. Zuschüsse erhielten:

Berlin E	1800 Mk.
München I, Nixdorf	je 1300
Berlin B, Berlin C, Pürth, Nürnberg	je 1000
Berlin D, Berlin F, Berlin J, Offenbach	je 800
Rastat, Worms	je 700
Bamberg, Bodenheim, Frankfurt a. M., Kall, Leipzig I, Mainz	je 600
Herdecke	550
Mittenburg, Freiburg i. B., Lindenau, Mannheim, München III, Stuttgart, Wiesbaden	je 500
Neusäßnefeld	450
Berlin H, Breslau, Köln I, Ehrenfeld, Ettlingen, Gaarden, Gelsenkirchen, Halle,örde, Pürth, Köpenick, Kiel, Neubitz, Rheingönheim	je 400
Brix, Schönberg	je 350
Bietesheim, Dortmund, Erfurt, Ludwigshafen, Mühlburg, Mühlheim a. Ruhr, Neocarau, Reinickendorf,	

Neutlingen, Schönebeide, Schmechingen, Starnberg, Westhofen, Würzburg I, Zirndorf	je 300
Dünnwald, Gähst, Spandau, Ulm	je 250
Altripp, Alzenau, Arzheim, Barmen, Bahenthal, Bickendorf, Bürgel, Bunzlau, Coblenz, Darmstadt, Degerloch, Deuz, Duisburg, Durlach, Elberfeld, Effen, Eßlingen, Feuerbach, Gohls, Gonsenheim, Griesheim, Gröchingen, Gr.-Zimmern, Hainhausen, Hamburg III, Heilbronn, Jechenhausen, Jägerdorf, Langendiebach, Mombach, Neuhofen, Neustadt a. S., Nieb, Nawaues, Oppersheim, Paunsdorf, Pirna, Rödelheim, Rosheim, Rudolstadt, Sangerhausen, Schw.-Gmünd, Schweinau, Seeheim, Sillerbuch, Sulz, Weitzschöheim, Wangan	je 200
Laachen, Altenstadt, Dresden-M., Ebenstein, Emdenich, Fehrenheim, Forchheim, Göttingen, Hagen, Hermülheim, Hohenheim, Hornberg, Knielingen, Köstheim, Lahr, Löttau, Pfungstadt, Rohracker, Scharnhausen, Schleißheim, Soffenheim, Weßling	je 150
Alte Neustadt, Badnang, Briesen, Edingen, Elmshorn, Förberstedt, Frankfurt a. O., Friedberg, Gaisburg, Gaißach, Harlehausen, M.-Gausen, Landau, Lorich, Marbach, Mariendorf, Martinroda, Münden, Neustadt b. L., Niederberg, Ndr.-Erlenbach, Ocranenburg, Pleja, Rödersheim, Rostock, Rothenburg, Speyer, Tschelzen, Trebbin, Trotha, Untertürkheim, Wack, Wallendar, Wilbel, Weizenfels, Wilhelmshagen, Wilster	je 100
Mühlheim a. M.	80
Brieg	75
Kaichen	70
Gelnhausen, Jangenberg	je 60
Achim, Burgsdorf, Fackenburg, Gasselbach, Lüneburg, Müdigheim, Zwickau	je 50
Mannsdorf	8,60 Mk.

Summe der Zuschüsse . . . . . 50 803,00 Mk.  
 Krankengeld an Einzelmitglieder . . . . . 4 381,20 "  
 Sterbegeld . . . . . 162, — "  
 Sonstige Ausgaben . . . . . 3 874,24 "

Gesamtausgabe 59 201,04 Mk.

Gesamteinnahme . . . . . 19 548,26 Mk.  
 Gesamtausgabe . . . . . 59 201,04 "

Abnahme des Vermögens 39 652,78 Mk.

NB. Wegen Jahresabschluss erbitte die noch fehlenden Abrechnungen und Einnahme der Frauen-Sterbekasse u. m. g. e. h. e. n. d. N. S. u. d., Hauptkassierer.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(G. S. 86, Hamburg.)

Im Januar 1908 sandten Ueberschüsse ein: Kaiserslautern 200 Mk., Freiburg 100 Mk., Hamburg II 60 Mk., Summa 360 Mk. — Zuschuß erhielten: Effen 200 Mk., Köln 200 Mk., Berlin C 200 Mk., Breslau 150 Mk., Braunschweig 100 Mk., Offenbach 100 Mk., Westerde 100 Mk., Schönlanke 80 Mk., Summa 1130 Mk.

Z u. L. M a h n a n n, Hauptkassierer, Hamburg 10.

### Versammlungs-Anzeiger.

Eisenach. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Fröhlichen Mann“ statt.

### Anzeigen.

**Ulrich.** Die Reiseunterstützung zahlt jetzt aus F. Gohls, Schützenhaus.  
**Uffshausen.** Arbeitsnachweis und Auszahlung der Reiseunterstützung im Gasthaus „Bayrischer Hof“, Löhrestr., abends 7-8 Uhr.  
**Neuhausen.** Bevollmächtigter Emil Seckloff, Nr. 118, Kassierer Karl Matthes, Lehrerzahl Reiseunterstützung, Wertheimstraße 11, Schützenhaus.  
**Schwerin i. Meckl.** Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umgehenden streng verboten.  
**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Arbeiter, Maschinenarbeiter, Drechsler und Poliermeister befindet sich bei Kollege Eitner, Schwanenstraße 12, b. Umgehenden ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Weichstraße 4, ausbezahlt. Im Wochenenden abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

### Halle a. S.

Unsere Herberge und Verkehrslokal befindet sich von jetzt an im Gasthof „Drei Könige“, Kl. Marktstr. 7. Die reisenden Kollegen wollen dies beachten.  
 Die Ortsverwaltung.

**Ernst Lühring,** Schreiner, geb. 21. I. 1890 Nummer 424231, sende sofort deine Adresse an deine Eltern. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um die Adresse gebeten. Konrad Jennewein, Gähst a. M., Emrich-Josefstr. 16.

**Will Koch,** Modellfischer aus Sondershausen, wolle wegen dringender Angelegenheit mit seine Adresse senden. Auch Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden um die Adresse gebeten. S. Schlemmer, Osterholz-Scharmbeck.

**Max Rüdiger,** Tischler, geb. 9. 3. 75 zu Reichensbach, Bach, ist von Rheine beschwunden. Den Aufenthalt wolle man dem Verbandsvorstand in Berlin mitteilen.

**Hans Puttinger** aus Salzburg wolle seinem Vater ein Lebenszeichen geben. Salzburg, Raigasse 31.

In gr. Dorfe bef. gangb. Tischlerei m. 3 Hobelb. u. g. Werkz. billigst zu verkaufen. Gefl. Anfr. erb. Freimarke. Off. unt. L. R. 20 postl. Weeseraublingen, Pr. Sachsen.

Suche 2 tüchtige Tischler auf furnierte Möbel. Aug. Drenthahn, Tschentlin bei Ludwigslust, Mecklenburg.

**Korbmachergeselle** auf Reiseförbe per sofort für dauernd gesucht. Gebr. Fromm, Eisenach, Thüringen.

**Geübte Hartgummi-Drechsler** auf Züllfederhalter gesucht. Heidelberg Federhalter-Fabrik, Heidelberg.

**Junger Korbmacher** sofort oder bald gesucht. Hoher Lohn, dauernde Stellung. **Herrn. Handewig, Welbert, Rheiml.**

Ein **Gestellarbeiter** auf Lackrohr- und Peddighrohr-Möbel, gut eingearbeitet, verlangt sofort **Rud. Pohle, Korbmachermstr., Stettin, Kronprinzenstr. 23.**

### Gewandter Bohrer

auf Wirstenholzer für dauernde Arbeit gesucht von **J. G. Roth, Pinselfabrik, Ravensburg, Württemberg.**

Ein tüchtiger **Zu- und Mundschneider** bei hohem Lohn sofort gesucht. **C. Dornbusch, Korfenfabrik, Bonn.**

**Hr. K. Carant** sucht I. Qualität **Leinwand** - 2000

Wichtigste Abziehsteine sind so bekannt, daß zu ihrer Empfehlung wohl nichts beforderes mehr gesagt zu werden braucht. Brotform à 1/10 6 Mk., à Stück je nach Größe 1,50 bis 5 Mk., größtes Lager aller Arten

### Abziehsteine.

**Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31.** Vertreter gesucht.

**Der Almanach 1909**

ist noch in einigen Exemplaren vorrätig. Wir bitten um baldige Bestellung.

Der **Verbandsvorstand.**  
 Berlin C., Neue Friedrichstr. 2.

**Tischler-Fachschule.**  
 Zeichner, Werkführer, Meister.  
**Neustadt i. Meckl.**  
 Staatlich subv. Progr. kostenlos

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
 Nürnberg  
 Kirchenweg 14. • Erstklassige Lehranstalt. • Dir. Carl Malbaum.

**Laubsägerei**

**Rebschneiderei :: Solzbrandmalerri**  
 liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Solz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**  
 Reichhalt. Katalog gratis u. franco.  
**Laubsägeholz** pr. Quadratmt. von 1 Mark an.

**Der praktische Modellfischer.**

**Sitzbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen- und Stahlgut.**  
 Enthält Anleitung zum Modellieren von Nöhren, Fahrrädern, Dampfmaschinen, Schablonieren von Kammwalzen, Getz- und Schmirnwalzen, Konstruieren von Nöhren, sowie Tabellen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Modellen und Schablonen.

Der fachwissenschaftliche Unterricht von **technischen Fachschulen** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken **D. Bauschreinerschule, D. Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule, System Karnack-Hachfeld.** Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. **Bonnese & Hachfeld, Potsdam-R. 1.**

**Größte deutsche Tischler-Fachschule Detmold**  
 Ein Besuch der Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfohlen. Abends 7. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stile. 4. Direktor Reineking, Detmold.

**Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23**

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

**:: eine sofortige Porenfüllung ::**

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt **::: edlen, unerschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.** vermeidet **Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.** Es ist **patentrechtlich** strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch** ein Körbchen enthaltend:

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 „ Patent-Politur zum Reinpulieren
- 1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
- 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
- 1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
- 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
- 1 „ Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
- 1 Tüte Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich **übernehme** jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.** Mein **Lehrbuch** über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattdsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenekow-Berlin, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München, Preis **Mk. 1.50.** Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.